



Oberösterreichischer Aktionsplan gegen Extremismus

Stand: Juni 2023



Inhaltsverzeichnis

1. Executive Summary	4
2. Aktuelle Lage Extremismus in Oberösterreich	5
2.1. Rechtsextremismus	5
2.1.1 Überblick und aktuelle Lage	5
2.1.2 Trends und Entwicklungstendenzen	8
2.1.3 Lage Oberösterreich Rechtsextremismus	9
2.2 Staatsfeindliche Verbindungen	9
2.2.1 Überblick und aktuelle Lage	9
2.2.2 Trends und Entwicklungstendenzen	10
2.2.3 Lage Oberösterreich Staatsfeindliche Verbindungen	10
2.3 Linksextremismus	10
2.3.1 Überblick und aktuelle Lage	10
2.3.2 Trends und Entwicklungstendenzen	11
2.3.3 Lage Oberösterreich Linksextremismus	12
2.4 Islamismus	12
2.4.1 Überblick und aktuelle Lage	12
2.4.2 Trends und Entwicklungstendenzen	13
2.4.3 Lage Oberösterreich Islamismus	14
3. Maßnahmen gegen Extremismus in Oberösterreich	15
3.1 Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz	15
3.1.1 Allgemeine Maßnahmen der Landespolizeidirektion Oberösterreich	15
3.1.2 Präventionsarbeit intern	16
3.1.3 Präventionsarbeit extern	16
3.1.4 Bedarfsorientierte Information	16
3.1.5 Gedenkstätten und Mahnmale	16
3.2 Maßnahmen im Bereich Bildung	17
3.2.1 Maßnahmen der Bildungsdirektion für Oberösterreich	17
3.2.2 Aus- und Fortbildungsangebote der Pädagogischen Hochschule OÖ	19
3.2.2.1 Demokratie- und Wissenschaftsvermittlung – Bildung durch Verantwortung	20
3.2.2.2 Demokratiekompetenzen stärken. Europapolitische Bildungsarbeit im Klassenzimmer	20
3.2.2.3 Lernen durch Engagement	21
3.2.2.4 Schulinterne und Schulübergreifende Fortbildungen	22
3.2.2.5 Landesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung“ und Landesarbeitsgemeinschaft „Selbst- und Sozialkompetenz und interkulturelle Kompetenz“	22
3.2.3 Aus- und Fortbildungsangebote der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz	23
3.2.3.1 Beiträge zum Thema am Institut Forschung und Entwicklung	23
3.2.3.2 Beiträge zum Thema am Institut Ausbildung	24
3.2.3.3 Beiträge zum Thema am Institut Fort- und Weiterbildung	25
3.2.4 Maßnahmen der Fachhochschule OÖ	27
3.2.4.1 Forschungsprojekte	28
3.2.4.2 Lehrveranstaltungen	29
3.2.5 Angebote der Education Group GmbH	30
3.3 Maßnahmen beim Amt der Oö. Landesregierung	31
3.3.1 Abteilung Soziales / Integrationsstelle Oberösterreich	31
3.3.2 Abteilung Kinder- und Jugendhilfe	38
3.3.3 Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Oberösterreich	39
3.3.3.1 Maßnahmen zur Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Eltern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Hilfen für Betroffene von Gewalt	40
3.3.3.2 Träger und Unterstützung von Netzwerken	43
3.3.4 Abteilung Gesellschaft	44

3.3.4.1	Beratungsangebote	44
3.3.4.2	Kooperation und Netzwerke	45
3.3.4.3	Hebung der Medienkompetenz	45
3.3.4.4	Non-formaler Bildungsbereich	46
3.3.4.5	Aus- und Weiterbildung	46
3.3.4.6	Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz	47
3.3.4.7	Sonstige präventive Maßnahmen	47
3.3.5	Direktion Personal	48
3.3.6	Direktion Finanzen	49
3.3.7	Direktion Präsidium	49
3.3.8	Abteilung Kultur	50
3.4	Maßnahmen des Österreichischen Bundesheers	55
3.4.1	Zusammenarbeit mit Gedenkstätten	56
3.4.2	Verlässlichkeitsprüfung gem. §§ 23 und 24 Militärbefugnisgesetz (MBG)	56
3.4.3	Sicherheitsbelehrungen	56
3.5	Maßnahmen des Österreichischen Roten Kreuzes	57
3.5.1	Bildung	57
3.5.2	Weitere Maßnahmen	58
4.	Oö. Teilnahme an nationalen Netzwerken im Bereich Extremismusprävention	59
4.1	Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung	59
4.2	Nationales Forum Antisemitismus	61
Anhang 1:	Kategorisierung der (Präventions-)Maßnahmen	63
Anhang 2:	Nationales Forum Antisemitismus – gemeldete Maßnahmen	64

Legende:

- Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
- Berichte aus dem Bildungsbereich
- Berichte des Amtes der Oö. Landesregierung
- Bericht des Österreichischen Bundesheers
- Bericht des Österreichischen Roten Kreuzes

Aus Sicherheitsaspekten sind Teile des vorliegenden Oö. Aktionsplans gegen Extremismus dem internen Dienstgebrauch vorbehalten bzw. dienen dem Landessicherheitsrat als Informationsgrundlage. Die veröffentlichte Version wurde daher leicht modifiziert.

1. Executive Summary¹

Rechtsextremistische Aktivitäten stellen weiterhin eine Gefährdung und ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die demokratischen Institutionen in Österreich dar. Das Risiko zunehmender rechtsextrem motivierter Tathandlungen und einer nachhaltigen Radikalisierung steigt. Aufgrund gewaltbereiter Anhängerinnen und Anhänger ist gegenwärtig eine hochgradige Verfassungsschutz-Relevanz ausgehend von Gruppierungen und einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten der Corona-Maßnahmen-Gegner-Bewegung evident. Die Identitäre Bewegung Österreichs (IBÖ), als Vertreterin der „**Neuen Rechten**“, hat die virtuellen und realen Demonstrationen als Radikalisierungs- und Rekrutierungsräume genutzt. Vom Rechtsextremismus wird weiterhin ein erhöhtes verfassungsschutzrelevantes Risiko ausgehen.

Ab 2017 wurden zahlreiche polizeiliche sowie justizielle Maßnahmen gegen Mitglieder und Führungspersonlichkeiten von **staatsfeindlichen Verbindungen** vorgenommen. Die Szene wird auch künftig nach Wegen suchen, um Österreich zu schaden. Von neuen Formen der versuchten Behinderung des Verwaltungsapparats ist auszugehen.

(Ober-)Österreich verfügt in quantitativer Hinsicht lediglich über eine kleine **linksextreme Szene**. Die Aktivitäten und das Mobilisierungspotential bleiben stark von aktuellen politischen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Ereignissen beeinflusst. Mittel- bis langfristig ist aufgrund der Themenfelder Entmilitarisierung und Verteilungsgerechtigkeit mit einem erheblichen Mobilisierungs- und Aktivitätsschub zu rechnen und impliziert auch die Möglichkeit einer Zunahme von gewalttätigen Aktionen.

„**Militante Umweltgruppierungen**“ wie „Last Generation“ und „Extinction Rebellion“ finden in der linksextremen Szene Zuspruch, werden derzeit jedoch nicht als solche eingestuft. Das Rekrutierungspotential ist aus verschiedenen Gründen hoch einzustufen.

Der **islamistische Extremismus** und Terrorismus stellt weiterhin ein erhöhtes Bedrohungspotential dar. Aufgrund Österreichs Engagement im Kampf gegen den transnationalen islamistischen Terror, bietet es eine Projektionsfläche für den ideologischen Diskurs islamistischer Extremistinnen und Extremisten. Die Existenz und Verfestigung einer autochthonen Szene von in erster Linie jungen Musliminnen und Muslimen mit Migrationshintergrund sowie von Personen, die zum Islam konvertiert sind, sind ein zentrales Merkmal der aktuellen Entwicklungen. Das größte Gefahrenpotential geht von radikalisierten Einzeltäterinnen und Einzeltätern sowie autonom agierender Kleinstgruppen aus. Der Trend zu niederschweligen Taten mit einfachen Mitteln, die wenig bis kaum logistische Vorbereitungen bedürfen, wird höchstwahrscheinlich anhalten.

¹ Die Executive Summary basiert auf Auszügen aus dem aktuellen Lagebild des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung vom 26. Mai 2023 (siehe näher Punkt 2.)

2. Aktuelle Lage Extremismus in Oberösterreich²

2.1. Rechtsextremismus

2.1.1 Überblick und aktuelle Lage

Der Begriff Rechtsextremismus wird als Sammelbezeichnung für politische Überzeugungen und Bestrebungen angesehen, welche von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Antisemitismus geprägt sind und daher mit Inkaufnahme beziehungsweise Duldung von Gewalt erreicht werden sollen. Die demokratische Rechtsordnung und die pluralistischen Gesellschaftsauffassungen werden abgelehnt.

Wie schon in den Vorjahren stellen rechtsextremistische Aktivitäten eine Gefährdung sowie ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die demokratischen Institutionen in Österreich dar. Auch die selbst definierten Feindbilder blieben im Wesentlichen unverändert und umfassen weiterhin insbesondere Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, Islamistinnen und Islamisten, Asylwerberinnen und Asylwerber sowie Migrantinnen und Migranten, Aktivistinnen und Aktivisten des linken Spektrums, die Polizei, Institutionen der Massenmedien, die Europäische Union und das demokratische Konzept.

Das Risiko zunehmender rechtsextrem motivierter Tathandlungen und nachhaltiger Radikalisierung von Personen, Szenen, Bewegungen und Gruppierungen steigt, insbesondere im Licht der zurückliegenden tatsächlichen Krisen bzw. der von den Menschen aus unterschiedlichsten Gründen wahrgenommenen oder aus verschiedenen Richtungen suggerierten vermeintlichen Krisen. Allgemein findet momentan eine Vermischung unterschiedlicher rechtstendenziöser bis rechtsfanatisierter Gruppierungen, die sich in Wechselwirkung bei gemeinsamer Propaganda stärken, statt. Aufgrund gewaltbereiter Anhängerinnen und Anhänger ist gegenwärtig eine hochgradige Verfassungsschutz-Relevanz ausgehend von Gruppierungen und einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten der Corona-Maßnahmen-Gegner-Bewegung (CMG-Bewegung) evident. Die allgemeine Bedrohungslage ist derzeit weniger durch öffentliche Auftritte der Maßnahmegegnerschaft als durch konspirative Treffen der CMG-Führungskader mit Vertretern von nationalsozialistisch-inspirierten Gruppierungen und Vertretern der „Neuen Rechten“ gegeben. Erstere versucht auf den nach wie vor bestehenden, jedoch deutlich im Rückgang befindlichen Nachhall des antidemokratischen und staatsfeindlichen CMG-Kerns Einfluss zu nehmen, um ihre eigene Reichweite zu erhöhen und ihre Ideologie innerhalb dieser bewegungsübergreifenden Vernetzungsstrukturen zu legitimieren.

² Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung vom 26. Mai 2023

„Neonazismus“

Die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppierungen unterstützen nationalsozialistisch geprägte Ideologien, einschließlich antisemitischer und ausländerfeindlicher Narrative, und sind weltanschaulich gegen die Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates eingestellt. Militanz und Gewaltbereitschaft zeigen sich bei den einzelnen Verbindungen in unterschiedlichen Ausformungen – verbal und/oder physisch, versteckt und/oder offen. Zum Aktivistenumfeld der Neonazi-Szene ist festzuhalten, dass sich einschlägige Gruppen in Vereinen organisieren, welche der Rekrutierung beziehungsweise der Indoktrinierung potenzieller Sympathisantinnen und Sympathisanten, aber auch der Förderung rechtsextrem motivierter Aktivitäten dienen. Die Verbindung dieser Szene in Oberösterreich mit den „Neuen Rechten“ lässt die Grenzen zwischen diesen Phänomenen Bereichen zunehmend verschwimmen.

„Neue Rechte“

Unter dem Deckmantel einer suggerierten Solidarität mit der besorgten österreichischen Bevölkerung wurden vor allem von der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ) beziehungsweise der Gruppierung „Die Österreicher – DO5“ (DO5) die virtuellen und realen Demonstrationen als Radikalisierungs- und Rekrutierungsräume genutzt. Die Ungewissheit innerhalb der österreichischen Bevölkerung wurde opportunistisch eingesetzt und für ihre Zwecke instrumentalisiert. Die beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie rechtsextreme Gruppierungen die Sorgen und Ängste aufgreifen, um in weiterer Folge ihre eigene Erzählung zu verankern. Dadurch entstand ein Ringen um die Deutungshoheit, durch welches ein breiteres Publikum erreicht wurde und ein erhöhtes Radikalisierungspotenzial entstanden ist.

Die IBÖ sieht sich als Vertreterin der „Neuen Rechten“ in Österreich. In ihrer Kommunikation nach außen wird Bedacht darauf genommen, dass bisherige von rechtsextremen Gruppierungen verwendete Elemente der NS-Ideologie sowie eine offen rassistische Weltanschauung durch eine neue Terminologie (z. B. werden weniger belastete Ausdrücke wie Ethnopluralismus anstatt „Überfremdung“ verwendet) versteckt werden. Somit versucht die „Neue Rechte“ sich deutlich von nationalsozialistisch inspirierten Gruppierungen abzugrenzen. Trotz dieser „offiziellen“ Ablehnung zum Nationalsozialismus und Gruppierungen, die sich vom NS-Regime inspiriert fühlen, wird von den Identitären in ihrer Argumentation wiederholt auf die literarischen und politischen Wegbereiter für das Dritte Reich zurückgegriffen, um so eine verdeckte Brücke in diesen politischen Bereich zu schlagen.

Mit der Flüchtlingskrise ab dem Jahr 2015 kam zu der Islamfeindlichkeit das Element offener Asylfeindlichkeit hinzu. Von der IBÖ wurde erkannt, dass das Schüren der Unzufriedenheit mit der etablierten Politik – im Zusammenhang mit ungelösten Problemen im Asylwesen, von verunsicher-

ten Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen wurde und damit auch Zugang in jene Gesellschaftsschichten gefunden werden konnte – die sich bisher nicht von rechtsextremer Rhetorik angesprochen fühlten. Die IBÖ weist einen sehr hohen Organisationsgrad auf, der bisher auf unterschiedliche Rechtskonstruktionen gestützt war: So bildeten mehrere Vereine, zwei Ausbildungszentren und andere assoziierte Organisationen sowie der Onlinehandel „Phalanx Europa“ (Onlinehandel des rechtsextremen Identitären Martin S., bei dem Kleidung, Bücher, und Accessoires gekauft werden konnten) lange Zeit ein umfassendes Netzwerk zur Sicherung der politischen Arbeit beziehungsweise zur erfolgreichen Rekrutierung von Aktivistinnen und Aktivisten. Im Zuge von gerichtlichen Ermittlungsverfahren konnte jedoch nachgewiesen werden, dass Vereine teilweise als Umgehungsstrukturen für die Steuerung von Geldflüssen genutzt wurden beziehungsweise nie ihren eigentlichen Vereinszweck erfüllten. In der Folge wurden daher Untersagungsverfahren bei den zuständigen Vereinsbehörden eingeleitet und in einem oberösterreichischen Fall bereits in erster und zweiter Instanz abgeschlossen.

Die rechtsextreme Gruppierung DO5 wurde Ende 2019/Anfang 2020 von zwei IBÖ-Aktivisten gegründet. Ein Gründungsmitglied war bereits die Führungspersönlichkeit der IBÖ beziehungsweise nahm er eine führende Rolle bei den paneuropäischen Aktionen der Identitären ein, wie zum Beispiel bei der „Defending Europe Mission“ im Mittelmeer im Sommer 2017, wo Identitäre aus mehreren europäischen Ländern versuchten, eine Zusammenarbeit zwischen NGOs und Schleppern bei dem Transport von Flüchtlingen nach Europa zu beweisen. Die zweite Führungspersönlichkeit der DO5 war bis zur Gründung der „Österreicher“ ein IBÖ-Aktivist, dieser trat allerdings nicht als prominentes Mitglied der Identitären in Erscheinung. Seine Beziehungen zu dem deutsch-amerikanischen Reichsbürgersympathisanten, selbsternannten Wunderheiler und Verschwörungsideologen Bernd K. alias Leonard C. und seiner Gruppierung „Instinct Based Medicine System“ (IBMS) lassen einen Bezug dieses Aktivisten zu staatsfeindlichen Gruppierungen vermuten.

„Deutschnationale Burschenschaften“

Allgemein sind deutschnationale Burschenschaften als homogene Gruppe anzusehen und politisch im rechten Spektrum angesiedelt. Zwischen den einzelnen Burschenschaften ist ein dichtes Netzwerk vorhanden. Aufgrund dieses Netzwerks zwischen den Burschenschaften und den Verbindungen zur Politik gibt es zahlreiche Mitglieder, die hochrangige Funktionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft einnehmen. Aufgrund des Verbotsgesetzes, das jegliche Befürwortung, Gutheißung und Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut in Österreich verbietet, der beschriebenen Ideologie und der problematischen Auseinandersetzung von deutschnationalen Burschenschaften mit dem Nationalsozialismus, kam und kommt es regelmäßig zu strafrechtlichen Verfahren gegen Mitglieder dieser Burschenschaften. Neben dem Verbotsgesetz finden auch immer wieder Ermitt-

lungen wegen Verhetzung statt, da oftmals andere Ethnien, Religionsgemeinschaften, Bevölkerungsgruppen etc. als minderwertig gegenüber dem „Deutsch- und Christentum“ gesehen werden. Die meisten Tathandlungen werden in den sozialen Medien und der digitalen Welt begangen. Weiters konnte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden, dass Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen, wie der Identitären Bewegung, vorhanden sind und gemeinsam an Demonstrationen teilgenommen wird beziehungsweise solche miteinander veranstaltet werden. Oftmals sind auch personelle Überschneidungen zu finden – beispielsweise ist ein Mitglied einer deutschnationalen Burschenschaft auch ein Aktivist der Identitären Bewegung.

2.1.2 Trends und Entwicklungstendenzen

Im Hinblick auf mögliche künftige Entwicklungen kann davon ausgegangen werden, dass sich im Falle eines allmählichen Abflauens des Protest-Aktivismus und des damit einhergehenden Mobilisierungspotenzials in der Bevölkerung – bedingt etwa durch die Eindämmung der Corona-Pandemie beziehungsweise Normalisierung der Lage oder einer grundsätzlichen „Protestmüdigkeit“ – die Argumentationslinien und Aktivitäten rechtsextremistischer Propagandistinnen und Propagandisten wieder verschieben. Der aktionistische Schwerpunkt dürfte sich in der virtuellen und realen Welt von der Corona-/Impf-Thematik weg und wieder hin zu altbekannten asyl- und fremdenfeindlichen Agitationen sowie zu potenziell neuen Protestanlässen ausrichten. Zugleich liegt die Vermutung nahe, dass durch das Schwinden der Corona-Problematik als ideologisch relevantes Betätigungsfeld eine gemeinsame Sondierung neuer Mobilisierungsmöglichkeiten erfolgen wird. Es könnte wieder verstärkt auf regionale Vernetzungsaktivitäten, Bildungsinitiativen und eine professionalisierte Protestkultur fokussiert werden. Damit könnte von neurechten Akteurinnen und Akteuren weiterhin der Versuch unternommen werden, meinungsbildend im öffentlichen Diskurs zu wirken und ihn zu verändern, sich als patriotische Widerstandsaktivistinnen und -aktivisten zu inszenieren und neue, vorwiegend junge Mitglieder zu rekrutieren. Vor diesem Hintergrund und den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen sowie ihren Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs wird auch künftig vom Rechtsextremismus ein erhöhtes verfassungsschutzrelevantes Risiko ausgehen. Dies begründet sich nicht nur in den milieutypischen Agitationen rechtsextremistischer Gruppierungen, sondern insbesondere auch in den permanenten Unterwanderungs- und Einflussversuchen ihrer Akteurinnen und Akteure auf das virtuelle und öffentliche Protestgeschehen im Kontext der Corona-Pandemie. Es ist davon auszugehen, dass Proponentinnen und Proponenten des heimischen organisierten Rechtsextremismus sowie der neurechten Bewegungen die komplexen, geopolitischen und geökonomischen Vorgänge der Gegenwart mit einschlägigen Narrativen „beantworten“ und durch Aktionen und politische Erfolge der jüngeren Vergangenheit öffentlichkeitswirksam ihre Reichweite erhöhen werden. Vor allem die Beteiligung von gewaltaffinen beziehungsweise -bereiten Szene-Ex-

ponentinnen und -Exponenten an Kundgebungen und Demonstrationen birgt eine schwer kalkulierbare Gefahr in sich, die sich durch mögliche Zusammenstöße mit der politischen „Gegnerschaft“ aus dem linksradikalen bis -extremistischen Spektrum verschärfen könnte.

2.1.3 Lage Oberösterreich Rechtsextremismus

Im Lichte der angeführten Phänomene richtet sich die besondere Aufmerksamkeit des oberösterreichischen Staatsschutzes insbesondere auf Schwerpunkte wie etwa das „Kastell Aurora“ in Steyregg (IBÖ), auffallende IBÖ-Aktivitäten im Bezirk Vöcklabruck, anhaltende Aktivitäten von Corona Maßnahmen Gegnern (CMG) in Steyr, Wahrnehmungen im Internet einschließlich zum Teil ausufernden Ermittlungserfordernissen wegen NS (Nationalsozialismus) und Hasspropaganda auf Social Media. Selbstredend sind darüber hinaus jegliche Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Öffentlichen Denkmal Mauthausen und Braunau von dauerhafter Relevanz. Erkenntnisse zu FTF (Foreign Terrorist Fighters) aus dem rechtsextremen Spektrum im RUK (Russland Ukraine Krieg) sind nicht vorhanden.

2.2 Staatsfeindliche Verbindungen

2.2.1 Überblick und aktuelle Lage

Staatsfeindliche Verbindungen sind Gruppierungen, die die Existenz der Republik Österreich und deren Institutionen nicht anerkennen und folglich das hoheitsrechtliche Handeln des Staates ablehnen. Zwei unterschiedliche Weltanschauungen bilden die Grundlage ihres Tuns: Eine Strömung vertritt die Reichsbürgerideologie, die den Bestand des Deutschen Reiches auf Grundlage der Weimarer Verfassung weiterhin als gegeben ansieht und den völkerrechtlich legitimierte Bestand der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland abstreitet. Die andere Strömung lehnt ein Justizsystem des positiven Rechts ab, das unmittelbar durch Naturrecht beziehungsweise Common Law abgelöst werden sollte. Gemein ist ihnen die Ansicht, dass der Staat Österreich über keine Hoheitsrechte verfügt und ein Privatunternehmen ist, ebenso die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Sektors.

Ab dem Jahr 2017 wurde durch zahlreiche polizeiliche sowie justizielle Maßnahmen gegen die Führungspersonlichkeiten und Mitglieder der größten staatsfeindlichen Verbindungen wie dem „Staatentbund Österreich“, dem „International Common Law Court of Justice (ICCLJ)“ und dem „Global Common Law Court of Justice (GCCL/GCLC)“ auf rechtlichem Weg vorgegangen. So konnten in den Folgejahren (nach 2019) mehrere Aktivistinnen und Aktivisten von österreichischen Gerichten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden. Mittlerweile wurden mehrere hundert Personen we-

gen staatsfeindlicher Agitationen von österreichischen Gerichten verurteilt beziehungsweise befinden sich in einem Strafverfahren. Die Großzahl der Anzeigen gegen Staatsverweigerinnen und Staatsverweigerer betrafen die Delikte §§ 105, 107, 246 StGB (Nötigung, Gefährliche Drohung, Staatsfeindliche Verbindungen) und Anstiftungen zu Amtsdelikten.

2.2.2 Trends und Entwicklungstendenzen

Die mehrjährigen Haftstrafen und das damit verbundene Fehlen von Führungspersonen schwächte die Szene. Nach dem erneuten Aufkommen der Staatsfeindlichen Verbindungen zu Beginn des Jahres 2021 und dem damit verbundenen neuen „Papierterrorismus“ wird die Szene auch künftig nach neuen Wegen suchen, um dem ihrer Ansicht nach „Privatunternehmen“ Österreich zu schaden. Jedoch ist nicht von einer zunehmenden Gewalttätigkeit auszugehen, sondern vielmehr von neuen Formen der versuchten Behinderung des Verwaltungsapparats. Mit dem erwarteten Abflauen der Corona Pandemie ist ein Bedeutungsverlust der bisherigen Verschwörungserzählungen zu erwarten. Dennoch hat sich ein Kern gebildet, der die bereits gesetzten Narrative umdeuten oder in einem neuen Mantel präsentieren kann.

2.2.3 Lage Oberösterreich Staatsfeindliche Verbindungen

Durch die teils weltumspannenden Krisen der letzten Jahre und die damit einhergehenden „Widerstandsformierungen“ bedingt, richtet sich die Aufmerksamkeit des Staatsschutzes gezielt darauf, inwieweit Tendenzen gesellschaftlicher Polarisierungen sich auflösen und in welchen Bereichen verhärtete Fronten sich weiterhin bis hin zu Straftaten anfeinden, staatliche Hoheit in Frage stellen oder gar ablehnen und dadurch die zweifelsfrei verletzte demokratische staatliche Ordnung gefährden.

2.3 Linksextremismus

2.3.1 Überblick und aktuelle Lage

Linksextremismus ist ein Sammelbegriff für kommunistische und anarchistische Einflüsse sowie Ideologien, die grundsätzliche Demokratie als Herrschaftsform – die politische Ordnung oder das politische System, in dem die Macht und Regierung vom Volk ausgeht – ablehnen. Ziel ist die Schaffung einer egalitären Gesellschaft, welche die demokratische Grundordnung ablehnt und zur Durchsetzung ihrer Ideologie Gesetzesbrüche und teilweise Gewalt in Kauf nimmt. Linksextremistinnen und Linksextremisten geben meist durch Proteste (Abhaltung von Kundgebungen) ihre Meinung gegen gesellschaftliche Missstände oder politische Geschehnisse kund. Oftmals wird bewusst auf die Formulierung konstruktiver Kritik verzichtet. Diese „Fehlentwicklungen und Missstände“ seien der Be-

weis für das Nichtfunktionieren des kapitalistischen Systems, das es so schnell wie möglich zu überwinden beziehungsweise abzuschaffen gilt. Insbesondere das Verständnis der Autonomen, Gewalt als legitimes Mittel anzusehen, wird von den Verfassungsschutzbehörden als Risiko für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit eingestuft.

Bedingt durch die in quantitativer Hinsicht eher kleine linksextreme Szene in Österreich sowie aufgrund des Umstandes, dass internationale Veranstaltungen und sonstige Anlässe im Jahr 2021 aufgrund der Corona-Pandemie kaum stattfanden, war das Mobilisierungspotenzial in personeller Hinsicht im Berichtszeitraum deutlich eingeschränkt.

„Militante Umweltgruppierungen“

Die aktuell hoch polarisierenden Aktionen seitens militanter Umweltgruppierungen, die sich medienwirksam für den Klimaschutz einsetzen, finden in der linksextremen Szene Zuspruch. Aufgrund des Umstandes, dass ein erheblicher Teil der Aktionen durch Umweltgruppierungen in Gesetzesübertretungen münden, wird innerszenisch bei Linksextremen von „repressiver Kriminalisierung“ der Klima-Aktivistinnen und Klima-Aktivisten durch die Sicherheitsbehörden gesprochen. Der Umfang der personellen Überschneidungen zwischen den militanten Umweltgruppierungen und der linksextremen Szene kann derzeit nicht belastbar verifiziert werden.

Gruppierungen, die im Berichtszeitraum 2022 in Österreich in Erscheinung traten und mitunter das größte Personenpotential aufweisen, sind „Last Generation“ und „Extinction Rebellion“, zwei Organisationen, die Klimaschutz-Aktivismus betreiben, jedoch aktuell nicht als linksextrem eingestuft werden. Breit angelegte Verkehrsblockaden von Verkehrshauptachsen sowie Sachbeschädigungen durch Beschütten mit Farbe oder sich Festkleben von und an (Kunst-)Objekten oder Gebäuden stellen einen großen Teil der aktivistischen Aktionen in Österreich dar. Störaktionen in Oberösterreich blieben bislang jedoch die Ausnahme. Das Rekrutierungspotential ist aufgrund inhaltlicher Überschneidungen mit anderen Umweltgruppen und der starken medialen Präsenz als hoch einzustufen und wird durch die Möglichkeit, sich über das Internet in Echtzeit und grenzüberschreitend zu verbinden, erweitert.

2.3.2 Trends und Entwicklungstendenzen

Die Aktivitäten und Mobilisierungspotenziale der linksextremen Szene in Österreich bleiben voraussichtlich stark von aktuellen politischen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Ereignissen beeinflusst. Als Entwicklungstrend ist demnach zu erwarten, dass auch weiterhin primär das Aktionsfeld „Antifaschismus“ ein das gesamte linksextreme Spektrum umfassendes Mobilisierungspotenzial besitzen wird. Neben den in den letzten Jahren evidenten Mobilisierungsschwerpunkten könnten in Zukunft verstärkt auch Aktivitäten der „Neuen Rechten“ sowie Auswirkungen von internationalen Krisenherden zu (gewalttätigen) Aktionen und Protestkundgebungen

führen. Des Weiteren ist mittel- bis langfristig damit zu rechnen, dass die österreichische linksextreme Szene durch die Themenfelder „Entmilitarisierung“ und „Verteilungsgerechtigkeit“ einen erheblichen Mobilisierungs- und Aktivitätsschub erlebt. Diese Annahme impliziert auch die Möglichkeit einer Zunahme von gewalttätigen Aktionen.

Ein weiterer Schwerpunkt sind militante Tierrechtsgruppierungen, welche hinsichtlich des möglichen Gefährdungspotentials nicht unterschätzt werden dürfen.

2.3.3 Lage Oberösterreich Linksextremismus

Für OÖ kann festgestellt werden, dass im Bereich „Militante Umweltgruppierungen“ – insbesondere auch Vertreter der Gruppierung „Last Generation“ und „Extinction Rebellion“ – feststellbar und aktiv – im Sinne von unangemeldeten Versammlungen/Kundgebungen – waren und weiter sind. Die Anzahl der Aktivist*innen beläuft sich im unteren zweistelligen Bereich. Eine nationale (insbesondere nach Wien) Vernetzung ist bei einzelnen Personen evident.

2.4 Islamismus

2.4.1 Überblick und aktuelle Lage

Islamistischer Extremismus bezeichnet eine sich religiös legitimierende Form des politischen Extremismus, der versucht, einen islamischen Staat und eine Gesellschaft mit der Scharia als einzig gültige Rechtsordnung durch (gewaltsame) Methoden herbeizuführen, die den demokratischen Rechtsstaat missachten, bedrohen oder beseitigen. Dies bedeutet im Umkehrschluss eine Ablehnung der westlichen Lebensweise und der Prinzipien einer demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft. Wie auch in den Jahren zuvor stellt der islamistische Extremismus und Terrorismus ein erhöhtes Bedrohungspotenzial für Österreich dar. Österreich engagiert sich als Teil der Europäischen Union und somit der westlichen Gesellschaften im Kampf gegen den transnationalen islamistischen Terrorismus. In diesem Zusammenhang zeigte man in den vergangenen Jahren zudem eine konsequentere Vorgehensweise gegen den islamistischen Extremismus, indem auch nicht gewalttätige Islamisten in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden rückten. Mit diesem Vorgehen bietet Österreich eine Projektionsfläche und ein Feindbild für den ideologischen Diskurs islamistischer Extremistinnen und Extremisten. Die Existenz und Verfestigung einer autochthonen Szene von in erster Linie jungen Musliminnen und Muslimen mit Migrationshintergrund (in der zweiten und dritten Generation) sowie von Personen, die zum Islam konvertiert sind, sind ein zentrales Merkmal dieser Entwicklungen. Das Bedrohungsbild des islamistischen Extremismus und Terrorismus weist seit mehreren Jahren feststehende Komponenten auf, welche die Gefährdung der Sicherheit Österreichs direkt oder indirekt beeinflussen: Foreign Terrorist Fighters und die Rückkehr aus Krieg und Krisengebieten, Online-

und Offline-Radikalisierung und die Nutzung des Internet als Radikalisierungs- und Rekrutierungsinstrument. Radikalisierung im islamistischen Bereich ist und bleibt ein fester Bestandteil des Bedrohungsbildes und auch die Räume, wo Radikalisierung stattfindet, haben sich über die vergangenen Jahre nicht geändert: das Internet in Verbindung mit einem unmittelbaren sozialen Umfeld von zu meist Gleichaltrigen sowie Justizanstalten.

Generell ist festzustellen, dass neue technische Standards wie 5G oder bessere Hard- und Softwareverschlüsselungsverfahren, in wesentlich kürzerer Zeit im Umlauf sind als sich die diesbezüglich rechtlichen Rahmenbedingungen für das Ermittlungsverfahren ändern könnten. Das Internet und hier vor allem soziale Netzwerke tragen nicht nur zur Radikalisierung bei, indem islamistische und jihadistische Inhalte abgerufen werden können, sondern bilden gleichzeitig auch ein Rekrutierungsfeld im Rahmen der ersten Knüpfung von Kontakten, die dann später in der realen Welt vertieft werden können. Das bedeutet, dass Radikalisierung online und offline stattfindet, denn neben dem Austausch über Social Media und virtuellen Freundschaften bleiben gemeinschaftsbildende Aktivitäten im Rahmen von Ausflügen, Lokalbesuchen oder sportlichen Aktivitäten ein wichtiger Faktor. Im Zusammenhang mit der Verbreitung islamistisch-extremistischer Propaganda war zu beobachten, dass online abrufbare Predigten von zum Teil seit Jahren inhaftierten Predigern immer noch eine große Strahlkraft besitzen und einzelne Inhalte immer wieder in Postings auf sozialen Plattformen rezipiert und in einen aktuellen Kontext gesetzt werden. Gleichzeitig ist eine Schnelllebigkeit extremistischer und jihadistischer Inhalte erkennbar, die zum Teil dem Charakter der jeweils verwendeten sozialen Plattformen, beispielsweise TikTok, geschuldet ist. Die Altersstruktur der Rezipientinnen und Rezipienten dieser Propaganda liegt teilweise im Jugendalter, wobei sowohl Musliminnen und Muslime als auch Konvertitinnen und Konvertiten betroffen sind.

2.4.2 Trends und Entwicklungstendenzen

Das größte Gefahrenpotenzial geht in Europa weiterhin von radikalisierten Einzeltäterinnen und Einzeltätern sowie autonom agierenden Kleinstgruppen aus, die Anschläge ohne direkten Auftrag oder Anleitung einer terroristischen Organisation ausführen. Auch der Trend zu niederschweligen Taten mit einfachen Tatmitteln wie Messern und Fahrzeugen, die wenig bis kaum logistische Vorbereitungen bedürfen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit anhalten. Bevorzugte Ziele islamistischer Terroristen dürften auch weiterhin leicht zugängliche Menschenansammlungen bleiben, wobei erfahrungsgemäß davon auszugehen ist, dass die Zielauswahl eher willkürlich erfolgt und vorrangig auf die Zivilbevölkerung fokussiert. Es ist evident, dass insbesondere der IS vermehrt zu Anschlägen in europäischen Ländern aufruft.

2.4.3 Lage Oberösterreich Islamismus









In Oberösterreich ist einer der Schwerpunkte die strafrechtliche Aufarbeitung und Berichtslegung an die Staatsanwaltschaften im Jugendbereich, welche sich zum Großteil über Social-Media- bzw. Internetplattformen kennenlernten und in weiterer Folge in religiöser Hinsicht radikalisierten, wobei dies vornehmlich mittels Konsums von, im Internet und in verschiedensten Foren frei verfügbaren, radikalen/extremistischen islamistischen Predigten, Nasheeds³, oder anderweitiger Propaganda erfolgte. Bei darauffolgenden realen Treffen/Kontakten vertieften sich in der Mehrzahl die Radikalisierungstendenzen, welche schließlich durch strafrechtlich relevante Äußerungen im Internet/in Foren und auch Rekrutierungen und solchen Versuchen den Ermittlungsbehörden bekannt wurden und in Straferkenntnissen durch die Gerichte mündeten.

Weiterer Schwerpunkt sind die Ermittlungen zufolge Übermittlung von Angaben bei den jeweiligen Befragungen in Asylverfahren, wobei der überwiegende Teil der Straftaten in den jeweiligen Herkunfts-, oder deren Nachbarländer, vornehmlich Kriegsgebiete mit Beteiligung von terroristischen Gruppierungen (Islamischer Staat, Al Qaida und dgl.) angeführt werden. Diese An- und Beschuldigungen werden entweder gegen andere, ebenfalls im Asylverfahren befindliche Personen oder auch gegen sich selbst getätigt, wobei bei den Selbstbezeichnungen vornehmlich vom Glauben an einen daraus erworbenen Asylgrund ausgegangen werden kann. Die Ermittlungsverfahren dauern hier aufgrund geringer oder teilweise auch nicht bestehender Rechtslage im Land der angeblichen Taten unverhältnismäßig lange.

³ Religiöse Lieder und Hymnen


3. Maßnahmen gegen Extremismus in Oberösterreich

Im folgenden Kapitel werden (Präventions-)Maßnahmen der öö. Landesverwaltung sowie ausgewählter öö. Einrichtungen und Institutionen dargestellt. Die gesetzten Maßnahmen verfolgen unterschiedliche Ziele bzw. haben verschiedene Wirkungen. Für eine strukturierte Gestaltung werden sie acht Kategorien zugeordnet, wobei doppelte Zuordnungen möglich sind. Diese Kategorien werden farblich dargestellt und orientieren sich an der Systematik des im Rahmen des Bundesweiten Netzwerks Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) erarbeiteten Nationalen Aktionsplans (NAP).⁴ Eine gesamthafte grafische Darstellung der Maßnahmen und deren Zuordnung findet sich im Anhang 1.

Formaler Bildungsbereich	
Non-Formaler Bildungsbereich	
Aus- und Weiterbildung	
Hebung der Medienkompetenz	
Sonstige resilienzsteigernde Maßnahmen	
Beratungsangebote	
Kooperationen und Netzwerke	
Sonstige präventive Maßnahmen	
Neu im Oö. Aktionsplan aufgenommene Maßnahmen	(n)

3.1 Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz⁵

3.1.1 Allgemeine Maßnahmen der Landespolizeidirektion Oberösterreich

Durch das Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) sowie Kooperationsformate auf Landesebene⁶, sind die verantwortlichen Organisationseinheiten der LPD Oberösterreich sowohl direkt als auch über die Zusammenarbeit mit der in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit eingerichteten Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) aktiv in Präventionsmaßnahmen eingebunden. Die Ansprechpartner befinden sich hier in regelmäßigem Austausch speziell in strategischen und koordinierenden Angelegenheiten. 

⁴ Siehe dazu näher unter 4.1 Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung

⁵ Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung vom 03. April 2023

⁶ Etwa Landessicherheitsrat und Plattform Gewaltprävention

3.1.2 Präventionsarbeit intern

Das Landesamt Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) setzt in der Zusammenarbeit mit der Sicherheitsakademie des BMI (SIAK) flächendeckend auf strukturierte Ausbildung und Sensibilisierung sowohl in der Polizeilichen Grundausbildung im Polizeidienst (PGA), als auch im Bereich der weiterbildenden Grundausbildung für angehende dienstführende Polizeibeamte (E2a). Besonderes Augenmerk wird hier auf die Einführung und Vorstellung der relevanten Rechtsmaterien, sowie auf das Phänomen der Radikalisierung und des Extremismus im kriminalistischen Sinn gelegt. ■

3.1.3 Präventionsarbeit extern

Im Zuge der Neugründung der DSN wurde auf das Thema Prävention großes Augenmerk gelegt. Ein bereits in der Umsetzung befindliches Konzept greift sowohl auf jahrelange Erfahrung im Bereich der Kriminalprävention als auch auf die Fachexpertise der Organisationseinheiten im Verfassungsschutz zurück. In Zukunft wird es Möglichkeiten geben externen Bedarfsträgern strukturierte Präventionsarbeit im Bereich Extremismus anzubieten. ■ ■

3.1.4 Bedarfsorientierte Information






Als konsequente Fortführung der Präventionsarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes wird es auch in Zukunft die Möglichkeit geben, anlassbezogen, auf Präventions-, Sensibilisierungs- und Normverdeutlichungsangebote des LVT zurückzugreifen. Erfahrungsgemäß werden diese Leistungen speziell im Bereich des Bildungswesens und sozial engagierten NGO's in Anspruch genommen. Überwiegend stehen diese Anfragen im Zusammenhang mit bereits erfolgten, repressiven Strafverfolgungsschritten. ■

3.1.5 Gedenkstätten und Mahnmale















Die in Oberösterreich befindlichen Gedenkstätten und Mahnmale, welche an die Verbrechen des NS-Regimes erinnern, stehen weiterhin im besonderen Fokus des LVT, um deren Schutz zu gewährleisten. Die Aufarbeitung allfälliger Schändungen und sonstiger rechtlich relevanter Delikte werden durch das LVT bearbeitet. Die sicherheits- und staatspolizeiliche Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Einrichtungen bei Gedenkfeierlichkeiten und anderen Veranstaltungen hat sich bewährt und wird auch in bewährter Weise fortgesetzt. ■

3.2 Maßnahmen im Bereich Bildung


3.2.1 Maßnahmen der Bildungsdirektion für Oberösterreich⁷


- Die intensive und niederschwellige Unterstützung an Schulen durch das **psychosoziale Unterstützungsteam** (Nachfolge Interkulturelles Beratungsteam und Schulsozialarbeit des Bundes) ermöglicht eine frühzeitigere Wahrnehmung von Radikalisierungsprozessen, die meist durch adäquate Beratung gut aufgefangen werden können. Die Möglichkeit, in Muttersprache unter Einbezug der jeweiligen Erziehungsberechtigten die Problematik anzusprechen und gemeinsam Lösungen finden zu können, erwies sich als besonders sinnvolle Art, mit Radikalisierungstendenzen im Schulbereich umzugehen. Das PSU Team der Bildungsdirektion, das derzeit im Ausbau begriffen ist, setzt weiterhin auf die besondere Fachexpertise in den Bereichen interkulturelles Handeln, Migration oder Integration und wirkt durch die geleistete Unterstützung in Form von Kommunikationshilfe brückenbauend und verbindend. 
- Die weiterhin gepflegten regelmäßigen **Kontakte** zu **Moscheen, Migrantenvereinen** sowie **islamischen Religionslehrerinnen** bzw. **Religionslehrern** und die **Vernetzung** der fachlich zuständigen Abteilungen aller relevanten Bildungseinrichtungen sorgen für ein **wertschätzendes Klima** im Allgemeinen und für ein **rasches Reagieren** im Anlassfall. Die Pflege dieses Netzwerkes, das durch Dr. Selcuk Hergüvenc in den vergangenen 40 Jahren aufgebaut worden war, stellt eine wesentliche Unterstützung dar, um einerseits Beheimatung in islamisch geprägter Kultur zu finden und andererseits Beispiele von guter Integration in Österreich zu erleben. 
- Im **Unterricht** wird die **Thematik Extremismus je nach Aktualität** behandelt. Dabei kann von der Zusammenarbeit mit Herrn Sabri Opak (interkulturelles Coaching, Deradikalisierung, Extremismus, Dschihadismus) profitiert werden. 
- Im Rahmen der Initiative „**Extremismusprävention macht Schule**“ der Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD) wurden seit April 2022 verschiedene Workshops, Exkursionen oder Vorträge zu den Themen Radikalisierung – Deradikalisierung an oö. Schulen gebucht.  (n)
- Weiters wird in einem erweiterten Kreis, insbesondere durch die schulischen Angebote der **Suchtprävention OÖ** (z. B. Eigenständig werden u.a.), an den Schutzfaktoren vor Radikalisierungsansprechbarkeit gearbeitet.  (n)

⁷ Bericht der Bildungsdirektion für Oberösterreich vom 30. März 2023

- Demokratie lebt von Partizipation und einer aktiven Auseinandersetzung damit. Im Rahmen eines innovativen oberösterreichischen Projekts werden Schülerinnen und Schüler zu **Demokratie-Peers** ausgebildet. An Allgemeinbildenden und Berufsbildenden höheren Schulen sollen entsprechend des Peer-Prinzips Schülerinnen und Schüler anderen aus der Schul- und Klassengemeinschaft die Kernpunkte unserer Demokratie in Form von Workshops näherbringen. Peers können auch bei demokratisch-problematischen Situationen in Schulen unterstützen.   (n)
- **Projekt „Demokratie in Schulen leben/ Gesellschaft mitgestalten/ Lernen durch Engagement“**: Ziel des Projekts ist es, Lernen durch Engagement (LdE) als einen internationalen Ansatz der Demokratiebildung in Oberösterreich bekannt zu machen und ein Netzwerk ‚Lernen durch Engagement an Schulen‘ aufzubauen. Die längerfristige Vision des Projekts ist es, auf diese Weise einen Beitrag zur **Entwicklung einer demokratischen Schulkultur** und zum **Aufbau nachhaltiger regionaler Bildungspartnerschaften** zu leisten. Die Bedachtnahme auf eine demokratische und partizipative Schulkultur ist ein wichtiger Resilienzfaktor.   
- In Zusammenarbeit zwischen der Bildungsdirektion OÖ, Schulen und verschiedenen Anbieterinnen und Anbietern werden im Rahmen des Unterrichts unterschiedliche **Workshops** angeboten. In Zusammenarbeit mit dem JugendService OÖ werden etwa Workshops veranstaltet, die die **Medienkompetenz** von Schülerinnen und Schülern **fördern**.    (n)
- Der neue Unterrichtsgegenstand **Digitale Grundbildung** (Sekundarstufe 1) trägt zur Hebung der Medienkompetenz bei.  (n)
- Die Bildungsdirektion OÖ bemüht sich intensiv die Schülerinnen und Schüler auf eine offene Gesellschaft vorzubereiten. Daher fördert die Bildungsdirektion in eigenen **Erasmus+ Aktivitäten** und durch Unterstützung von Schulen bei ihren Erasmus+ Aktivitäten die internationale Zusammenarbeit von Schulen, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern auf digitaler und physischer Ebene. Schüleraustausch wird intensiviert und umfasst derzeit fast alle Staaten der europäischen Union. Besonders werden auch die Kooperationen mit Tschechien, der Slowakei, Slowenien und Deutschland unterstützt.     (n)
- **Lehrkräftefortbildung auf EU Ebene** im Rahmen von **Erasmus+**. Die Bildungsdirektion OÖ führt im Rahmen von Erasmus+ Lehrkräftefortbildungen in Straßburg und in Brüssel durch. Inhalte der Fortbildungen sind das Kennenlernen der Tätigkeiten der Institutionen der EU und die Umsetzung der wichtigsten Schwerpunkte im Bildungsbereich: Inklusion, demokratische Entscheidungsprozesse, Umwelterziehung und Sprachenbildung. Jährlich werden in diesem Rahmen 60 Lehrkräfte ausgebildet. 

- 2010 startete das Projekt "**Gewalt-Schule-Medien**" mit dem Ziel öö. Pädagoginnen und Pädagogen auf die neuen Herausforderungen der digitalen Medien vorzubereiten. Das Fortbildungskonzept "Gewalt-Schule-Medien" wurde entwickelt, um **Medienkompetenz** und **Gewaltprävention** in Schulen zu **unterstützen** und **fördern**. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus der Medienpädagogik und Gewaltprävention wurden mehr als 500 Lehrkräfte in OÖ ausgebildet. In allen Bezirken Oberösterreichs fand ein 3-tägiger Workshop statt, sodass an jeder HS/NMS und PTS eine Multiplikatorin bzw. ein Multiplikator ausgebildet wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten eine umfassende Ausbildung zu den Chancen und Risiken der Mediennutzung, hatten aber auch die Möglichkeit, moderne Technologie kennenzulernen und selber auszuprobieren.

Neben der Education Group GmbH begleiteten *folgende Institutionen* das Projekt: Bildungsdirektion OÖ, Saferinternet.at, Landeskriminalamt OÖ, Institut Suchtprävention pro mente OÖ, Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes OÖ, Schulpsychologie OÖ sowie weitere Expertinnen und Experten als Vortragende. Jährlich findet eine Tagung bzw. ein Vernetzungstreffen statt, in dem über aktuelle Entwicklungen informiert wird. 

- Die **Plattform Gewaltprävention OÖ** besteht aus der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes OÖ, dem Landeskriminalamt OÖ, der Bildungsdirektion OÖ, der Education Group GmbH sowie dem Institut Suchtprävention pro mente OÖ. Die Mitglieder bieten mobbing- und gewaltpräventive Leistungen an. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschen sich regelmäßig über aktuelle Themen aus und bieten auf der Website ein umfangreiches Angebot für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen an (etwa Informationsmaterial, Beratungen und Workshops). 

3.2.2 Aus- und Fortbildungsangebote der Pädagogischen Hochschule OÖ⁸

Von der Pädagogischen Hochschule OÖ werden laufend (Fortbildungs-)Veranstaltungen (Tagungen und Begegnungen, Schwerpunktwochen, Fortbildungen, etc.) zum Thema Extremismus angeboten, viele davon unter Mitwirkung namhafter Expertinnen bzw. Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen der Wissenschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft.

Grundsätzlich ist „**Bildung zum Miteinander**“ für die PH OÖ seit vielen Jahren ein wesentliches Anliegen. Die Perspektiven dabei sind vielfältig: Zum einen geht es sehr stark um einen präventiven

⁸ Bericht der Pädagogischen Hochschule OÖ vom 25. April 2023

Zugang mit Schwerpunkten wie Wertebildung, Politische Bildung, Persönlichkeitsbildung, Umgang mit Vielfalt, soziale Kompetenz, Konflikt- und Gewaltprävention etc., zum anderen um spezielle Fragen zu Antisemitismus, Islamismus, Jihadismus, Extremismus, Radikalisierung etc. Pädagoginnen bzw. Pädagogen sollen bei diesen Herausforderungen bestmöglich unterstützt und Kinder und Jugendliche optimal in ihrer Entwicklung in der Schule begleitet werden.

3.2.2.1 Demokratie- und Wissenschaftsvermittlung – Bildung durch Verantwortung

Die PH OÖ hat diesen Themenbereich im September 2022 bei einer **Tagung** mit dem Titel „**Bildung durch Verantwortung. Zukunftspartnerschaften zwischen Hochschule und Gesellschaft**“ aufgegriffen. Der Bericht dazu und die Tagungsmaterialien stehen auf der Website der PH OÖ⁹.

Ziel der Tagung war es,

- die strategischen Entwicklungen im Bereich Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Gesellschaft aufzuzeigen und in den Folgen für Wissenschaft und Gesellschaft kritisch zu bewerten,
- eine Bestandsaufnahme der Forschung zu den Themenfeldern Service Learning, Community Based Learning / Community Based Research und weiteren Formen des Wissenstransfers zwischen Hochschule und Gesellschaft zu generieren sowie
- Umsetzungsformen von Campus-Community Partnerschaften in unterschiedlichen Disziplinen und Hochschultypen exemplarisch darzustellen und eine stärkere Vernetzung zwischen Hochschulen und Zivilgesellschaft zu unterstützen. ■ (n)

3.2.2.2 Demokratiekompetenzen stärken. Europapolitische Bildungsarbeit im Klassenzimmer

Im März 2023 fand in Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Polis. Politik Lernen in der Schule“ ein **Symposium** zum Thema „Demokratiekompetenzen stärken. Europapolitische Bildungsarbeit im Klassenzimmer“ statt.

Multiple Herausforderungen wie Klimawandel, Energiekrise, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, zunehmender Extremismus, Verbreitung manipulativer Informationen oder Drohungen gegen Journalistinnen und Journalisten stellen jedoch eine Gefahr für die Demokratie in Europa dar. Die Europäische Union hat u.a. mit einem Europäischen Aktionsplan für Demokratie reagiert. Vertrete-

⁹ <https://ph-ooe.at/bildungdurchverantwortung>

rinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis zeigten Wege auf, wie die **Demokratiekompetenzen junger Menschen gestärkt** werden können und folgende Fragen beantwortet werden können:

- Welche Kompetenzen brauchen junge Menschen, um sich demokratisch beteiligen zu können?
- Wie können wir kritisches Denken, Beteiligung junger Menschen sowie Vertrauen in Demokratie und Wissenschaft (Trust in Science and Democracy – TruSD) am besten fördern?
- Wie gestalte ich die Auseinandersetzung mit demokratischen Werten, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in meinem Unterricht? Wie gelingt Demokratievermittlung? ■ (n)

3.2.2.3 Lernen durch Engagement

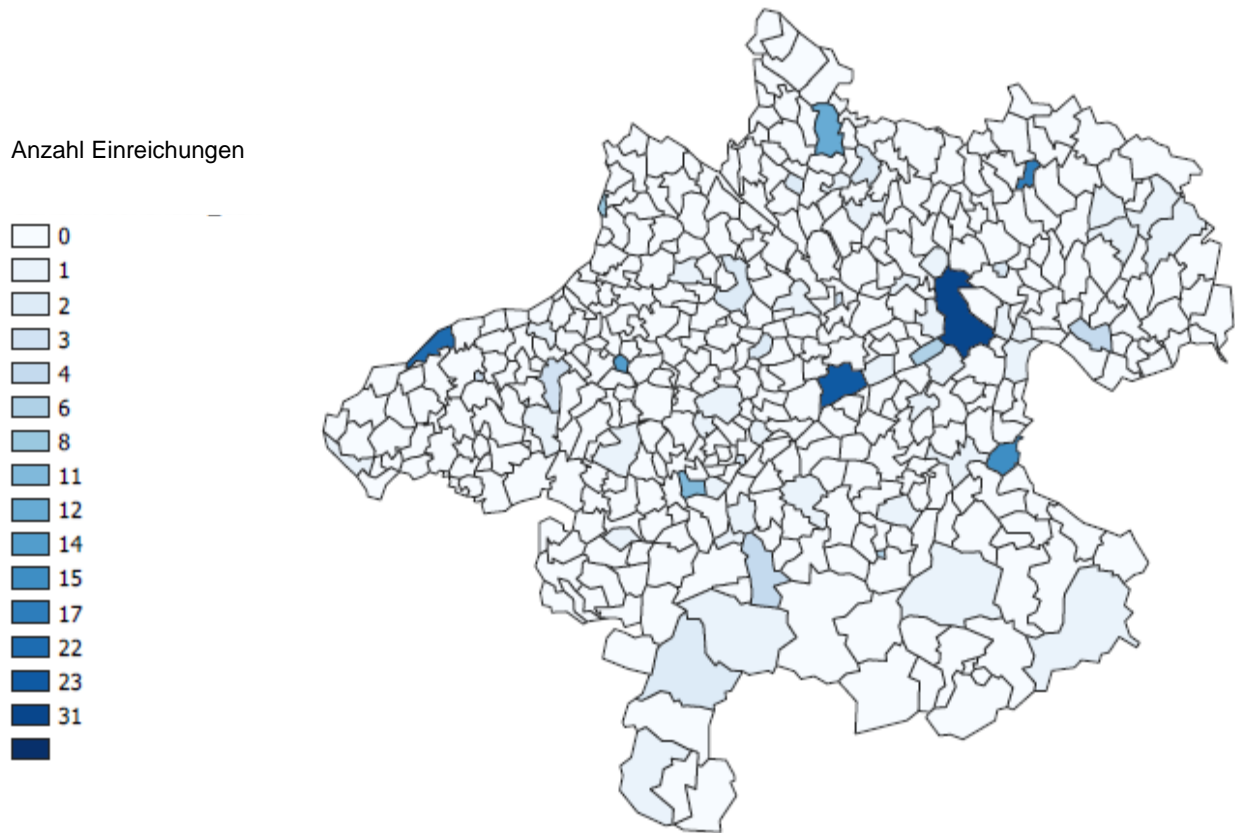
Lernen durch Engagement (LdE) ist ein international erprobter Ansatz der Demokratiebildung, der fachliches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement von Schülerinnen und Schülern verbindet. Ziel des Projekts ist es, Lernen durch Engagement in Oberösterreich bekannt zu machen und ein Netzwerk der „Lernen durch Engagement-Schulen“ aufzubauen. Die **längerfristige Vision** ist, auf diese Weise einen Beitrag zur Entwicklung einer **demokratischen Schulkultur** und zum **Aufbau nachhaltiger regionaler Bildungspartnerschaften** zu leisten.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem Unabhängigen Landesfreiwilligenzentrum in Linz durchgeführt und von der Sinnbildungsstiftung in Wien gefördert. Die wissenschaftliche Begleitung des Projekts erfolgt durch CEDI¹⁰ – Civic Education International, einer Forschungsstelle für zivilgesellschaftliche Bildung an der PH OÖ.

Es gibt in Oberösterreich bereits zahlreiche Schulen, die gesellschaftlich engagierte Projektarbeit durchführen. Beispiele für solche Initiativen finden sich im Rahmen des Wettbewerbs „Spitzen-schule“, der seit 2014 von der lokalen Wochenzeitung „Tips“ ausgeschrieben wird. Zwischen 2014 und 2018 haben dort mehr als 150 Schulen aus über 50 Städten und Gemeinden in Oberösterreich mit insgesamt 231 Projekten teilgenommen. Das soziale Innovationspotential dieser bestehenden Initiativen bildet den Ausgangspunkt des Projekts.

Es findet jährlich ein offenes Vernetzungstreffen der „Lernen durch Engagement-Schulen“ Oberösterreich an der PH OÖ statt. ■ ■ ■

¹⁰ <https://ph-ooe.at/ph-ooe/fachbereiche/bildungswissenschaften/organisationspaedagogik-schulentwicklung/forschungsstelle-civic-education>

Landkarte gesellschaftlich engagierter Schulen in Oberösterreich:**3.2.2.4 Schulinterne und Schulübergreifende Fortbildungen**

Schulen haben jederzeit die Möglichkeit, am Standort spezifische Fortbildungen zu Themen des Miteinanders, der Beziehungen und Kommunikation und den Herausforderungen durch Konflikte, Aggression und Gewalt zu buchen, die auf die Gegebenheiten und Situationen der Schulen ausgerichtet sind. ■ ■ ■

3.2.2.5 Landesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung“ und Landesarbeitsgemeinschaft „Selbst- und Sozialkompetenz und interkulturelle Kompetenz“

Strukturell und personell ist das Thema allgemein im Sinne von Wertebildung zum Miteinander und speziell zu Fragen der Politischen Bildung bis zum Extremismus auch im Bereich der Landesarbeitsgemeinschaften, den Netzwerken in den Bildungsregionen, verankert. Pädagoginnen und Pädagogen aus den einzelnen Bezirken vernetzen sich zum Austausch über spezifische Herausforderungen und Schwerpunkte und zur Umsetzung von entsprechenden Fortbildungsangeboten in den Bildungsregionen. ■

3.2.3 Aus- und Fortbildungsangebote der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz¹¹

An der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz werden verschiedenste (Aus- und Fortbildungs-)Maßnahmen und Initiativen gegen Extremismus gesetzt.

3.2.3.1 Beiträge zum Thema am Institut Forschung und Entwicklung

Das Institut für Forschung und Entwicklung startet heuer das **empirische Forschungsprojekt** zu „**Salafismus und Prekarität**“, welches in Kooperation mit der Johannes Kepler Universität Linz, der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems und der Universität Wien durchgeführt wird. Dadurch sollen Faktoren eruiert werden, die bei Jugendlichen den Hang zum Salafismus fördern, um entsprechende Präventivmaßnahmen ausarbeiten zu können. Erste Ergebnisse sollen voraussichtlich 2025 zugänglich sein. ■ (n)

Am Institut für Forschung und Entwicklung wurde 2023 zudem die **Arbeitsgemeinschaft „Jüdisch-muslimische Bildungsinitiative“** (JMB) angesiedelt, welche zum **Ziel** hat, **Antisemitismus und Islamfeindlichkeit entgegenzuwirken**, indem Stereotypen und Vorurteile Jüdinnen und Juden sowie Musliminnen und Muslimen gegenüber abgebaut werden. Vordergründig werden durch Workshops, Forschungsprojekte, Publikationen und Lehrveranstaltungen ein positiver Zugang bestritten, der die Gemeinsamkeiten vom Judentum und Islam in theologischer, kultureller und historischer Hinsicht in den Vordergrund rückt. Ziel der JMB ist es, eine gemeinsame europäische Identität von jungen Musliminnen und Muslimen sowie Jüdinnen und Juden zu stärken, die abseits vom Nahostkonflikt Gemeinsamkeiten von diesen beiden Gruppen in Erinnerung ruft. ■ ■ (n)

Bei Bedarf bietet das Institut für Forschung und Entwicklung Workshops, Lehrveranstaltungen und Fortbildungen zu folgenden Themen der Extremismusprävention an:

- Dschihadismus: Geschichte und Radikalisierungsfaktoren
- Afghanistan und Syrien: Geschichte und Gegenwart
- Islam – Kultur – Tradition
- Religion und Identität
- Politischer Salafismus: Ziele und Geschichte
- Sunniten, Schiiten, Alawiten, Jesiden – Religionsvielfalt in der muslimischen Welt ■ ■ (n)

¹¹ Bericht der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz vom 31. März 2023

3.2.3.2 Beiträge zum Thema am Institut Ausbildung

In Rahmen folgender Lehrveranstaltungen bzw. Veranstaltungen werden entsprechende Inhalte behandelt:

Bachelorstudium Primarstufe

In der Lehrveranstaltung "Bildung und Erziehung unter dem Aspekt von Diversität" hält Herr Sabri Opak einen Workshop zum Themenschwerpunkt. Diese Veranstaltung wird vom Land OÖ finanziell unterstützt. ■ (n)

Am 6.11.2023 hält Frau Bianca Kämpf vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) einen Vortrag zum Thema: Rechtsextremismus-Prävention – Möglichkeiten und Grenzen in Pädagogik und Vermittlung im Rahmen der Veranstaltung „Marktplatz“. ■ (n)

Bachelorstudium Sekundarstufe (Allgemeinbildung)

In der Lehrveranstaltung „Gender, Diversität und Inklusion: Vielfalt (in) der Schule“ (4. bzw. 5. Semester) hält Sabri Opak einen Workshop zum Thema (De)Radikalisierung ab. Dieser Workshop wird vom Land OÖ finanziell unterstützt. ■ (n)


Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung

Im Rahmen der Lehrveranstaltung „Didaktik der Politischen Bildung“ (6. Semester), werden folgende Inhalte thematisiert:

Da Politische Bildung inhaltlich und konzeptionell sehr vielfältig ist, bildet den Ausgangspunkt des Seminars die Frage, was Politische Bildung ist und welche Ziele sie verfolgt. Die gemeinsame Erarbeitung und Reflexion didaktischer Prinzipien, Modelle und Methoden der Politischen Bildung erfolgt anhand des Rahmenthemas „Schule und Demokratie“. In diesem Zusammenhang sollen vor allem die **Möglichkeiten** und **Grenzen politischer Partizipation für Schülerinnen und Schüler** im Unterricht kritisch diskutiert werden. Gleichzeitig geht es auch darum, **Präventionsmaßnahmen gegen den politischen und religiösen Extremismus** zu skizzieren. Hierfür bietet unter anderem das Struktur- und Kompetenzmodell für Politische Bildung entsprechende Anknüpfungspunkte. Insbe-

sondere im Kontext der politischen Urteilskompetenz existieren Möglichkeiten, Formen des Extremismus zu erkennen und dessen Narrative zu dekonstruieren. Folgende Teilkompetenzen sollen hierbei generiert werden:

- vorliegende Urteile auf ihre Begründung hin zu untersuchen,
- „politische Vorausurteile“ (die auf einer schmalen und nicht Wissensbasis beruhen und emotional wenig verankert sind) und „politische Vorurteile“ (die stark emotional geprägt und daher stärker resistent gegenüber aufklärender Information sind) von rational begründeten und begründbaren Urteilen zu unterscheiden,
- vorliegende Urteile hinsichtlich ihres historischen Entstehungskontextes zu überprüfen,
- vorliegende politische Urteile auf ihre Kompatibilität mit den Grund- und Freiheitsrechten (insbesondere mit den Menschenrechten) hin zu überprüfen.¹²

Weitere Themenfelder dieser Lehrveranstaltung beziehen sich auf folgende Bereiche: Konfliktlösung und die Gewaltprävention, eine demokratische Debattenkultur und Menschenrechte, extremistische Gruppierungen und Ideologien, Radikalisierungsprozesse, Medienkompetenz und die Dekonstruktion von Verschwörungstheorien, Diskriminierung und Vorurteilssensibilisierung, Zusammenleben und Wertvorstellungen, Zivilcourage sowie österreichische Erinnerungskultur. 

3.2.3.3 Beiträge zum Thema am Institut Fort- und Weiterbildung

Institut Fortbildung

Fortbildungsveranstaltungen 2022/23: 

- Viktor schreit, Susi weint, Eva petzt, Franz ist frech [Umgang mit Konflikten in der Klasse]
- Wie finde ich die passenden Worte? [Ohne Gewalt kommunizieren nach Marshall Rosenberg]
- Umgang mit Konflikten - gemeinsam Lösungen (er)finden [Wie Sie als Lehrer:in Kinder bei Konflikten unterstützen]
- So agieren und reagieren Sie bei Verdacht auf Gewalt gegen Kinder!
- Konflikte in Klassen erkennen und bearbeiten [Grundlagen für Pädagog:innen]
- Mühlviertel: Trans* Inter* Queer [Auf der Suche nach der sexuellen Identität]
- Interreligiöse Begegnung. Zu Gast in der Moschee

¹² Reinhard Kramer u.a., Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell, Wien 2008.

- Fake News - eine Gefahr für die Demokratie? [Seminar-Workshop zu Verschwörungstheorien und Fake News]
- Theologie online: WIE GOTT UNS SCHUF [Das christliche Menschenbild im Fokus von Ideal und Missbrauch]
- Let´s talk about Mobbing [Gewaltprävention zwischen Bildungsauftrag und Beziehungsarbeit]
- Die Aggressionsacht - eine wertvolle Hilfe bei Gewalt
- Verdacht auf Gewalt gegen Kinder - was tun?
- Narrative Didactics - Let's talk about Gender! [Dekonstruktion von Geschlechterstereotypen mit Literatur]
- „Diversität“ klingt gut - kann man das trainieren?
- Bildungsfaktor Menschlichkeit! [Was kann religiöse Bildung dazu beitragen?]
- Keep cool! [Spiele zum Sozialen Lernen und zum Konfliktlösen]
- Studienreise: Orte des NS-Terrors [Auf den Spuren des religiösen Widerstandes]
- Präventionsseminar mit dem Schwerpunkt Gewalt

Fortbildungsveranstaltungen 2023/24: ■ (n)

- Studienreise: Orte des NS-Terrors [Auf den Spuren des religiösen Widerstandes]
- Keep cool! [Spiele zum Sozialen Lernen und zum Konfliktlösen]
- 3D in „Zeit für Religion 3“ [Diversität, Differenzierung und Digitales in „Zeit für Religion 3“]
- Umgang mit Konflikten - gemeinsam Lösungen (er)finden [Wie Sie als Lehrer:in Kinder bei Konflikten unterstützen]
- Kampf um die Geschlechtergerechtigkeit ist Kampf um die Demokratie [Unheilige Allianzen zwischen Rechtspopulismus und christlichen Fundamentalismus]
- Aus der Geschichte Demokratie lernen? [Demokratiebildung und Gedenkpädagogik im Museum Arbeitswelt Steyr]
- Chinas Religionen und religiöse Traditionen [Weltdeutungen, religiöse Praxis, Gesellschaft und politische Wirklichkeit]
- Politik und Sport [Fußball und Kampfsport als Werkzeug extremistischer Gruppierungen]
- Konflikte in Klassen erkennen und bearbeiten [Grundlagen für Pädagog:innen]

- Verschwörungserzählungen - eine Gefahr für die Demokratie? [Erkennen von Desinformation und Entlarven von Fake News]
- Viktor schreit, Susi weint, Eva petzt, Franz ist frech [Umgang mit Konflikten in der Klasse]
- Gewaltprävention und individuelle Potentialentfaltung am Beispiel der Jenaplanschule in Jena [Gewaltprävention als Leitfaden für Schulentwicklung]
- Wie finde ich die passenden Worte? [Ohne Gewalt kommunizieren nach Marshall Rosenberg]
- „Tschuldige!“ und alles ist gut? [Wiedergutmach-Ritual zur Begleitung von Konflikten]
- Konfessionell, kooperativ oder doch für alle gemeinsam? [Perspektiven zur Zukunft des Religionsunterrichts]

Elementarpädagogik

- Du bist anders, na und? [Mit Kindern vorurteilsbewusst arbeiten]
- Machtvorsprung – Wie gehen wir damit um?
- Mit Präsenz durch den pädagogischen Alltag [Das Konzept der Neuen Autorität nach Heim O-mar]

Zentrum für Weiterbildung

Im Rahmen des **Hochschullehrgangs „Politische Grundbildung“** werden Pädagoginnen und Pädagogen zu Demokratievermittlerinnen und Demokratievermittlern ausgebildet. Ziel des Lehrgangs ist es, Demokratie durch die Einbindung möglichst vieler Schulfächer begreifbar und spürbar zu machen. Pädagoginnen und Pädagogen sollen Schülerinnen und Schüler helfen, sich als engagierte und kritische Bürgerinnen und Bürger innerhalb unserer Gesellschaft zurechtzufinden, Diskursfähigkeit zu entwickeln und Partizipationsmöglichkeiten zu erkennen und wahrzunehmen. Der **Oö. Landtag** unterstützt diesen Lehrgang finanziell und mit Vortragenden.

  (n)

3.2.4 Maßnahmen der Fachhochschule OÖ

Das Thema Extremismus wird mit Schwerpunkt in den Studiengängen der angewandten Sozialwissenschaften in Lehre und Forschung behandelt. Darüber hinaus ist Extremismusprävention Teil der Ausbildung in den Lehrveranstaltungen für Sozialkompetenz.

3.2.4.1 Forschungsprojekte

Artificial Eye¹³ (Oktober 2021 bis September 2023)

„I spy with my Artificial Eye - Connecting social blind spots online“. Das Projekt unterstützt die Entwicklung einer „digitalen Verantwortungsgesellschaft“ und tritt dabei aktiv an verschiedenste, oftmals **benachteiligte soziale Gruppen** heran, um proaktiv die **Partizipation** und **demokratische Willensbildung** zu **fördern**. Dadurch sollen Menschen, die isoliert ihren Unmut zur Schau tragen, möglicherweise zu Gewaltexzessen aufrufen oder daran teilnehmen möchten, früher identifiziert und bestmöglich reintegriert werden.

Projektpartner: „akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute!“, migrare – Zentrum für Migrant*innen OÖ und der Verein I.S.I – Initiativen für soziale Integration ■ (n)

Streetwork OÖ und Volle Erziehung¹⁴ (Oktober 2022 bis Dezember 2023)

Ausgehend von Streetwork als niederschwelliges Unterstützungsangebot für Jugendliche, die z.B. mit Gewalt, Drogen, Straffälligkeit, Obdachlosigkeit oder Arbeitssuche konfrontiert sind, ist es das Ziel des Forschungsprojektes durch Befragung der Streetwork-Adressatinnen und -Adressaten die **Wirkungen der Unterstützungsangebote aufzuzeigen**. Das Forschungsprojekt wird durchgeführt für das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit.

Projektpartner: Institut P und P Sozialforschung, Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU) ■ (n)

MaEP - „Maßnahmen zur Extremismus-Prävention“¹⁵ (Februar 2022 bis Oktober 2022)

Evaluierung von Schulungen im Zuge des Projekts "Zusammenhalten - Extremismusprävention durch Engagement", die auf Optimierungspotentiale in der Begleitung von freiwillig Tätigen abzielt, die mit Extremismus konfrontiert sind. Eruiert werden soll, wer die Sensibilisierungs- und Schulungsangebote in Anspruch nimmt, wie intensiv das Angebot genutzt wird, welcher Nutzen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Präventionsarbeit entsteht und welche Potenziale noch ausgeschöpft werden können.

Projektpartner: Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU) ■ (n)

¹³ <https://www.ffg.at/news/successstory-aufsuchende-sozialarbeit-virtuellen-raeumen> und <https://forschung.fh-ooe.at/ueber-die-forschung/digisocialisation/projekte/artificial-eye>

¹⁴ <https://pure.fh-ooe.at/de/projects/streetwork-o%C3%B6-und-volle-erziehung-streetwork-in-upper-austria-cli>



¹⁵ <https://pure.fh-ooe.at/de/projects/maep-maep-extremism-prevention-measures-evaluation-of-trainings-i>

3.2.4.2 Lehrveranstaltungen

Exemplarische Handlungsfelder - „Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus“

(2. Semester Masterstudiengang Soziale Arbeit)

In zunehmendem Maße formieren sich in Europa rechtsextremistische und rechtspopulistische Gruppierungen. Wie soll und kann Soziale Arbeit solchen Entwicklungen entgegenreten? Welche Möglichkeiten gibt es, zivilgesellschaftlichen Protest zu organisieren und präventive Strategien zu verwirklichen?

Ausgangspunkt des Seminars ist eine Fallstudie zum langjährigen Widerstand einer ländlichen Gemeinde gegen rechtsextremistische Aufmärsche und die Dynamiken, die sich dabei entfalten hatten. Es werden Möglichkeiten erörtert, gemeinwesenarbeitsbezogene Strategien im Sinne Saul Alinskys zu entwickeln und Handlungsansätze Sozialer Arbeit als einer Politik der Würde diskutiert.  

Rassismus und Intersektionalität

(2. Semester Masterstudiengang Soziale Arbeit)



Die Lehrveranstaltung behandelt folgende Inhalte:

- Rassismustheorien
- Rechtsextremismus
- Gender- und Queer-Theorie
- Performativität: Doing Gender, Doing Culture
- Intersektionalität: Zur individuellen, sozialen, institutionellen, strukturellen und symbolischen Ebene von Diskriminierungsverhältnissen  

Exemplarische Handlungsfelder – Politisierung des Islam zu einer politischen Ideologie










(3. Semester Masterstudiengang Soziale Arbeit)

Die Lehrveranstaltung behandelt folgende Inhalte:

- Politischer Islam
- Salafismus
- Politischer Salafismus
- Jihadismus
- Maßnahmen zur Deradikalisierung  

3.2.5 Angebote der Education Group GmbH¹⁶

Um Jugendliche von Extremismus, Rassismus und Gewalt fernzuhalten gibt es zur Unterstützung der Pädagoginnen und Pädagogen auf dem Bildungsportal www.schule.at, das durch die Education Group GmbH betreut wird, ein reichhaltiges Unterstützungsangebot. Beispielhaft sei Folgendes genannt:

- **Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren** im Rahmen des Projekts „**Gewalt – Schule – Medien**“ gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Gewaltprävention und Suchtforschung (Bildungsdirektion OÖ, Landeskriminalamt OÖ, Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes OÖ, Saferinternet.at, Institut Suchtprävention pro mente OÖ etc.).  
- **Medienpakete** (Sammlungen von Filmen, interaktiven Übungen, BildungsTV-Produktionen, Materialien etc.) zu speziellen Themen wie z.B. Interkulturelle Kompetenzen, Rechtsextremismus udgl., die für den **Einsatz im Unterricht** konzipiert sind und in Oberösterreich kostenlos zur Verfügung stehen. Das Angebot wird stetig erweitert, um den Pädagoginnen und Pädagogen die erforderliche Unterstützung zu bieten.  
- Auf dem **Bildungsportal www.schule.at** sowie auf der Facebook-Seite werden regelmäßig Informationen zu Themenschwerpunkten wie Demokratie, Rassismus und Vorurteile gegenüber einzelnen Personengruppen, Terrorismus und Menschenrechte etc. angeboten.  
- **Medienproduktionen** im Lead von **BildungsTV der Education Group GmbH** für die teilnehmenden österreichischen Bildungsmedienzentren sowie jenes in Südtirol: etwa ein Film zum Thema Demokratie in Österreich, welcher den Schülerinnen und Schülern das österreichische Demokratiesystem näherbringen und die Thematik verständlich aufbereitet. Auf der Website Bildungs.tv finden sich viele weitere Produktionen zu verschiedenen Themen, etwa Sicherheit im Netz und digitale Welt der Kinder  
- Begleitung verschiedener Fachtagungen durch den **Corporate Newsroom** der Education Group GmbH. Beispielhaft werden folgende Fachtagungen genannt
 - Vernetzungstreffen „Gewalt – Schule – Medien“
 - KiJA Fachtagung 2023: „Let's talk about Mobbing ... Gewaltprävention im Spannungsfeld zwischen Bildungsauftrag und Beziehungsarbeit“ 

¹⁶ Bericht der Education Group GmbH vom 5. April 2023

3.3 Maßnahmen beim Amt der Oö. Landesregierung

3.3.1 Abteilung Soziales / Integrationsstelle Oberösterreich¹⁷

Das Thema Extremismus und Deradikalisierung ist im **Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich** „Integration verbindlich gestalten – Zusammenhalt stärken“ enthalten und bildet daher auch eine Grundlage für die Tätigkeit der Integrationsstelle OÖ in diesem Bereich.

Auszüge aus dem Integrationsleitbild:

„Problematischen Milieus entgegenwirken

Toleranz und Offenheit prägen das Zusammenleben in Oberösterreich. Keine Toleranz gilt gegenüber Strömungen und Ideologien, welche die verbindlichen Regeln in Österreich und Oberösterreich nicht einhalten und unsere Grundwerte in Frage stellen. Die Verbreitung von Hass, religiös oder politisch begründeten Extremismus, Islamismus, demokratiefeindliche Ideologien und abwertende Haltungen gegen Gruppen lehnen wir ab. Das Land Oberösterreich tritt diesen Strömungen, Netzwerken und Institutionen mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegen, ohne dabei seine gleichheits- und freiheitsorientierten Werte und Prinzipien zu leugnen. Desintegrativen, problematischen Milieus, in denen mit unseren Werten und unserer Grundordnung unvereinbare Lebensweisen gepflegt werden, ist entgegenzuwirken. Dafür sind sicherheitspolitische, soziale und präventive Maßnahmen notwendig, welche früh ansetzen und ein mögliches bzw. weiteres Abdriften in problematische, desintegrative Milieus verhindern.“

„Daher braucht der Zusammenhalt einer Gesellschaft, in der unterschiedliche Menschen leben, gemeinsame Werte und Regeln. Wir in Oberösterreich verstehen uns als eine offene Gesellschaft, die für ihre Grundwerte einsteht. Die in Österreich gewährleisteten Grund- und Menschenrechte bilden ebenso wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fundamentale Werte, die dem Gemeinwesen zugrunde liegen. Diese Werte müssen bekannt sein und von allen akzeptiert und mitgetragen werden. Daraus abgeleitete rechtliche Pflichten sind ohne Vorbehalt anzuerkennen und zu befolgen. Solange alle diese Grundwerte anerkennen, ist ein Zusammenleben in Vielheit möglich.“¹⁸

Basierend auf wissenschaftlichen Untersuchungen geht die Integrationsstelle Oberösterreich davon aus, dass Extremismus und Radikalisierungen ihren Ursprung meist im Gefühl des Nicht-dazu-Gehörens, des Nicht-Willkommenseins, in prekären sozioökonomischen Verhältnissen und vor allem einer erlebten Perspektivenlosigkeit haben. Dies betrifft besonders junge Menschen mit Fluchtgeschichte, eine Gruppe, die sehr heterogen ist, was hinsichtlich Präventionsarbeit entsprechende Sensibilität und ein genaues Hinschauen braucht. Aber auch Jugendliche mit


¹⁷ Bericht der Abteilung Soziales / Integrationsstelle Oberösterreich vom 4. Mai 2023


¹⁸ Amt der Oö. Landesregierung; Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich (Juni 2018), Seiten 10 und 11.

Migrationshintergrund, die zwar in Österreich aufgewachsen sind, aber denen oft die Sozialisierung in Österreich bzw. die Zugehörigkeit zu einer Gruppe fehlt (In-Betweeness) sind empfänglich für radikale Ideologien. Verstärkend hinzu kommen Faktoren wie die Schwierigkeit, eine Beschäftigung am Arbeitsmarkt und dadurch Anschluss zu finden. Neben einer Verbesserung der Teilhabechancen und dem Entgegenwirken der Perspektivenlosigkeit von Jugendlichen mit Flucht- und Migrationshintergrund ist es daher notwendig, ganzheitliche und abgestimmte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Am wirksamsten erweisen sich in diesem Zusammenhang die Unterstützung von guten Bildungsabschlüssen sowie die Sensibilisierung und Information von Jugendlichen und vor allem auch der Eltern.

Die von der Integrationsstelle Oberösterreich koordinierten und geförderten Projekte und Maßnahmen leisten in ihrer Gesamtheit einen wichtigen Beitrag hinsichtlich Extremismusprävention und Deradikalisierung. Die Förderung von Deutsch als gemeinsame Sprache, von Bildung und Orientierung, von nachhaltiger Beschäftigung und Arbeitsmarktintegration sowie respektvollem Miteinander bezwecken die Schaffung von Perspektiven und ermöglichen Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund ein Teilnehmen in der Gesellschaft.

Projekte und Maßnahmen, die u.a. Extremismusprävention und Deradikalisierung im engeren Sinne zum Ziel haben, sind folgende:

- Projekt **„Stand up! - Menschenrechte in der Praxis“** von SOS-Menschenrechte Österreich, welches sich vorrangig an Kinder ab 6 Jahren und Jugendliche, aber auch an Lehramtsstudierende, Lehrerinnen bzw. Lehrer sowie Erwachsene richtet. Ziel ist die Vermittlung von Information und Fachwissen in den Themenbereichen Migration, Flucht und Asyl, Menschenrechte und Demokratie, Diskriminierung und Rassismus, Zivilcourage, Hasspostings, Medien und Macht, Geschlechterbilder, Extremismus, etc. Die Umsetzung erfolgt in Form von Workshops und Planspielen, bevorzugt in Schulen und Bildungseinrichtungen. 
- Projekt **„Jugend im Dialog“** der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH, welches sich in Form von Workshops an Schülerinnen und Schüler und Jugendliche ab dem Volksschulalter bis 25 Jahre, Eltern, Pädagoginnen bzw. Pädagogen sowie Bildungseinrichtungen und seit 2023 auch an Asylwerberinnen und Asylwerber in Grundversorgungsquartieren in Oberösterreich richtet. **Ziel** ist die **Stärkung** des **Selbstvertrauens** und des **Gemeinschaftsgefühls**, die Wahrnehmung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten sowie die **Sicherstellung** eines **wertschätzenden** und **respektvollen Umgangs** miteinander. Die Themen der Workshops werden auf die aktuelle Situation in der jeweiligen Institution, die regelmäßig über mehrere Schuljahre begleitet werden, angepasst (z.B. Rollenbilder und Rollenverständnis Frau/Mann, Deradikalisierung, Rassismus und

Diskriminierung, Demokratie und Menschenrechte, Nationalismus und Extremismus, Heimat und Identität, Umgang miteinander, Gewalt, Hate Speech und Fake News etc.). Für die Zielgruppe der **Asylwerberinnen** und **Asylwerber** werden **Spezialworkshops** angeboten, in denen Themen rund um Leben, Liebe, Ehe und Sexualität bearbeitet werden. Dabei wird auf Erfahrungen des Projektes „heartBeat – Beziehung-Liebe-Gewalt“ der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH aufgebaut, dessen Inhalte in die Workshops eingegliedert werden. 

- **Respekt.Oberösterreich-Workshops** der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH werden seit 2023 umgesetzt, richten sich an Jugendliche und werden in den 4. Klassen der Mittelschulen, an Polytechnischen Schulen und Fachschulen angeboten. Themenbereiche sind Zivilcourage, Peer-Pressure, Gewalt und deren individuelle und kollektive Folgen, Ausgrenzung und Gemeinschaft. Die Workshops werden in Kooperation mit dem Projekt „Gewaltfrei Leben“ durchgeführt, wodurch die Lebensnähe der Workshops gezielt durch Trainerinnen und Trainer aus der Community bzw. mit klassenrelevanten Migrationshintergrund verstärkt wird.  (n)
- Projekt „**Respekt.Oberösterreich – Gewaltfrei leben**“ der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH, in dem Aufklärungs- und Präventionsarbeit durch ausgebildete Coaches geleistet werden. **Migrantinnen** und **Migranten** werden zu **Multiplikatorinnen** und **Multiplikatoren ausgebildet** und führen dann in ihren jeweiligen Communitys Workshops zu den Themen gewaltfreie Erziehung, Gewaltformen, gewaltfreie Beziehungen, gewaltfrei Aufwachsen, Familiensysteme (Zwangsverheiratung) durch.  (n)
- Projekt „**Gewaltprävention bei Asylwerbenden - Anti-Gewalt-Trainings**“ des Vereins Neustart: **Zielgruppe** sind **gewaltbereite Grundversorgte**, die bei Bedarf und in Abstimmung mit dem Referat Grundversorgung des Landes sowie den Trägern in der Grundversorgung Gruppentrainings oder Einzelberatungen erhalten. Ziel ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem eigenen Gewaltpotenzial und der Deliktverarbeitung, das Erlernen der Impulskontrolle und die Vermittlung von gesellschaftlichen Normen und Werten in Österreich.  (n)
- Projekt „**Gewaltprävention für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ab 14 Jahren**“ des Vereins Neustart, in dem inhaltlich und vom Setting her auf die Zielgruppe angepasste **Anti-Gewalt-Trainings** in Gruppen und in Einzelberatung angeboten werden.  (n)

- Projekt „**Großkonzept De-Radikalisierung / Begegnung in Modulen**“ von Herrn Sabri Opak - Interkulturelles Coaching und Training: In Workshops und begleiteten Gesprächen erfolgt im Sinne von Bewusstseinsbildung Wissensvermittlung, Sensibilisierung und somit Präventionsarbeit im Themenbereich „nationalistischer und religiöser Extremismus“. Zielgruppe sind Studierende, Lehrkräfte sowie Direktorinnen und Direktoren oberösterreichischer Schulen, Schul-Sozialarbeiterinnen und -Sozialarbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen, Vereine, Jugendorganisationen, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Streetworkerinnen und Streetworker sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter. Es wird auf Vernetzung und das Zusammenspiel relevanter Akteurinnen und Akteure und die Aktivierung von Kräften gegen Extremismus und Gewaltbereitschaft gesetzt.      (n)
- Projekt „**Respekt.Oberösterreich - Salam – Gemeinsam in Oberösterreich**“ von SOS Menschenrechte Oberösterreich, in welchem Mitglieder von migrantischen Communitys, die schon länger in Österreich leben, eine wichtige Türöffner-Funktion übernehmen. Sie werden nach dem Tandemprinzip mit Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeitern als Pärchen zusammengebracht. Durch die **Streetwork-Methode kombiniert mit Peers aus der Community** wird der Zugang zu zugewanderten Menschen erleichtert, mit dem Ziel regelmäßige Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten zu schaffen und die Integration in die Aufnahmegesellschaft zu fördern. Prävention in den Bereichen Sucht, Kriminalität und Radikalisierung sind wichtige Ziele des Projektes.   (n)
- Projekt „**Wohnen im Dialog**“ der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH, in dem Migrantinnen und Migranten in ihrem Wohn- und Lebensumfeld durch aufsuchende Sozialarbeit mit interkultureller Konfliktbegleitung und Gemeinwesenarbeit unterstützt werden. Das **Ziel** ist die **Verbesserung des Zusammenlebens**. Die Zielgebiete werden in Abstimmung mit den Gemeinden jährlich festgelegt. Oft handelt es sich um Wohngebiete mit sozioökonomischen Problemlagen. Geboten wird Einzugsbegleitung, ein Maßnahmenpaket zur Abfalltrennung, die Schaffung von Begegnungsräumen sowie Clearing- und Beratungsgespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern in Linz und an dezentralen Standorten in Oberösterreich.   (n)
- **Lernbegleitung** entsprechend der von der Oö. Landesregierung beschlossenen Richtlinien zur Förderung von Lernbegleitung in Oberösterreich. Die von verschiedenen Institutionen und Vereinen (z.B. Caritas Oberösterreich, Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung

GmbH, Familienbund Oberösterreich GmbH, Verein Begegnung Arcobaleno) angebotene Lernbegleitung richtet sich an schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, unabhängig vom Aufenthaltsstatus in Österreich bzw. der Staatsangehörigkeit und unterstützt diese beim Lernen, bei der Erledigung von Hausübungen, der Sprachentwicklung und dem Erlernen sowie Verbessern der deutschen Sprache. Chancengerechtigkeit, **Vermeidung vorzeitiger Schulabbrüche** und damit **Schaffen von Perspektiven** für eine **nachhaltige Arbeitsmarktintegration** und entsprechende **Teilhabe** in der **Gesellschaft** sind wesentliche Ziele, die einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Extremismus und Radikalisierung leisten.

■ ■ ■ (n)


- Förderung von **Deutsch als gemeinsame Sprache**: „**Deutsch** als gemeinsame Sprache bildet eine **wesentliche Grundlage** für das **Zusammenleben** und ist eine Schlüsselfähigkeit, um die Chancen, die eine Leben in unserem Land bietet, wahrnehmen zu können. Gleichzeitig sollen Sprachkurse auch Kenntnisse über Österreich und Oberösterreich sowie über grundlegende Werte und Regeln des Zusammenlebens vermitteln“, heißt es im Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich.¹⁹


In diesem Sinne werden entsprechend der von der Oö. Landesregierung beschlossenen Richtlinien zur Förderung von Deutschkursen in Oberösterreich für Personen mit nichtdeutscher Muttersprache (Migrantinnen und Migranten), die sich in Oberösterreich niedergelassen haben und die über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen, und für Asylwerberinnen und Asylwerber, die sich in der Grundversorgung des Landes Oberösterreich befinden und eine positive Bleibeperspektive erwarten können, Alphabetisierungs- und Deutschkurse verschiedener Sprachniveaus gefördert. Die Kurse werden von Bildungsinstituten und zertifizierten Organisationen und Vereinen dezentral in ganz Oberösterreich angeboten. Eine Abstimmung mit anderen Deutschkursfördergebern, insbesondere dem Bund, erfolgt regelmäßig, um wirksam und gezielt das Erlernen von Deutsch zu fördern und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

Ergänzend zu den Richtlinien-Kursen werden **niederschwellige Deutschkurse und -formate** verschiedener Anbieter gefördert, die sich an den Lebenswelten der geflüchteten und zugezogenen Menschen orientieren, z.B. Mama-lernt-Deutsch-Kurse und Sprachfördercamp des Instituts für Interkulturelle Pädagogik der Volkshochschule Oberösterreich oder „KoKo - Kommunikations- und Konversationskurse“ für Migrantinnen und Migranten der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung GmbH. ■ ■ ■ (n)


¹⁹ Amt der Oö. Landesregierung; Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich (Juni 2018), Seite 14

- **Sensibilisierung von und Informationen für Eltern** durch Projekte des Instituts für Interkulturelle Pädagogik der Volkshochschule Oberösterreich, die sich vorrangig an **sozioökonomisch benachteiligte Familien** mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen, aber auch an Regelsysteme und Bildungsinstitutionen richten. Dabei werden im Bereich „Frühe Förderung“ Projekte wie „Rucksack und Griffbereit“, „Frühkindliche Sprachförderung“ und „Fit für die Schule“ in Zusammenarbeit mit Kindergärten an vielen Standorten in ganz Oberösterreich angeboten. Im Bereich „Elternarbeit“ werden „Interkulturelle Elterncafés“, „Fachvorträge“ und „Pluspunkt Mehrsprachigkeit“, ein Lehrgang zur Ausbildung von Laiendolmetscherinnen und -dolmetschern umgesetzt.

Ziel der vielfältigen Projekte ist die Vermittlung von Informationen und Wissen sowie die Sensibilisierung der Eltern in den Bereichen Bildung, Schule, Familie und Erziehung, die erleichterte Orientierung für alle im Bildungswesen tätigen Akteurinnen und Akteure, die Vernetzung von Bildungsinstitutionen und die Bündelung von Ressourcen sowie die Unterstützung von Bildungsaktivitäten vor Ort. 



- Anlaufstelle „**ZusammenHelfen in OÖ**“ des Vereins „dieziwi – Die Zivilgesellschaft wirkt“: „Für erfolgreiche Präventionsarbeit hinsichtlich Gewalt, Extremismus und Radikalisierung ist das Zusammenspiel aller Beteiligten wichtig, besonders im Bereich Flucht und Asyl spielen freiwillig Engagierte und Ehrenamtliche eine wichtige Rolle und können zu einer erfolgreichen Integration einen Beitrag leisten. „ZusammenHelfen in OÖ“ bietet **Wissensvermittlung, Sensibilisierung und Unterstützung** für **freiwillig Engagierte, Freiwilligenorganisationen und Interessierte** im Themenfeld „Migration, Flucht und Integration“ an. Seminare, Workshops, Webinare und Vorträge zu Themen wie „Geschlechterrollen im Spannungsfeld von Migration“, „Gewalt in Familien und Beziehungen“, „Diskriminierung und Gleichbehandlung“, „Trauma und Flucht“ etc. können bei Bedarf gebucht werden. Zudem gibt es ein Info-Telefon, eine Rechtsinformation, einen Filmverleih im Themenbereich „Heimat, Flucht, Ankommen in der Fremde und Integration“ sowie Supervision und Coaching.  (n)




An der Vorsorge gegen Extremismus und Radikalisierung in Oberösterreich wird strukturiert und auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, einer engagierten Arbeit der Exekutive und umfassender Integrationsmaßnahmen gearbeitet:

- Die bewusste Entscheidung für **kleinere Flüchtlingsquartiere** wie auch die Betreuung vor Ort durch Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der NGOs und freiwillige Helferinnen bzw. Helfer können Auffälligkeiten, Veränderungen und Radikalisierungen frühzeitig wahrgenommen werden und es kann entsprechend präventiv reagiert werden. 

- Für jene Einzelfälle, in denen eine starke Traumatisierung – als Gefahr für Gewalt oder Radikalisierung – auftritt, sollen die in Oberösterreich zur Verfügung stehenden **Therapieplätze aufgestockt** werden, um bei gefährdeten Personen rechtzeitig gegensteuern zu können. ■ ■
- Anfang 2019 wurde von der Oberösterreichischen Landesregierung die Einrichtung der **Steuerungsgruppe für ein gewaltfreies Zusammenleben** in Oberösterreich beschlossen. Dieser gehören ständig Vertreterinnen und Vertreter der Integrationsstelle OÖ, der Grundversorgung, der Exekutive, der Justiz, der Kriminalwissenschaft, des Gewaltschutzzentrums, der Bewährungshilfe und der Betreuungsorganisationen an, anlassbezogen werden weitere Expertinnen und Experten aus anderen Bereichen zugezogen. In den Sitzungen werden Anlassfälle erörtert und Präventionsmaßnahmen erarbeitet. Die Arbeit der Steuerungsgruppe soll zu einem respektvollen Umgang miteinander führen, was wiederum Radikalisierung den Nährboden entzieht. ■
- Das **Verwaltungsinterne Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen (VIN)** ist ein Netzwerk innerhalb der Oö. Landesverwaltung mit dem Ziel des Austausches, des Wissens- und Informationsgewinns und der Vernetzung zwischen den Landesabteilungen. Es ist ein zentrales Instrument, sowohl zur Implementierung als auch zur Vorstellung integrationspolitischer Maßnahmen auf Landesebene, aber auch in weiterer Folge mit der Wirkung mittelbar auf der Ebene der Bezirke, Gemeinden und Städte. Die Themen, die im Rahmen des VIN behandelt werden orientieren sich einerseits an aktuell relevanten Geschehnissen und andererseits an den Bedürfnissen der Abteilungen. ■
- Die **Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKI)** unterstützen im Auftrag der Integrationsstelle Oberösterreich Bezirksverwaltungsbehörden und Gemeinden bei der Integrationsarbeit, mit Schwerpunktlegung auf die integrationspolitischen Ziele „Erlernen der deutschen Sprache“ und „Integration in den Arbeitsmarkt“ sowie „Respekt im Zusammenleben“. ReKI sind zentrale und erste **Anlaufstellen für Gemeinden** bei allen Fragen zur Integration von Zugewanderten, insbesondere bei Fragen bezüglich Deutschkursen, hinsichtlich innovativer Integrationsideen und verstehen sich als Infodrehscheiben. Kernaufgabe ist auch die Begleitung von Gemeinden im Umfeld der Neueröffnung von Grundversorgungsquartieren, wo sie über Unterstützungsmöglichkeiten informieren, bei Bedarf eine rasche Vor-Ort-Situationsanalyse sowie passende Begleitungsmaßnahmen anbieten.

ReKI verstehen sich auch als Fachberatungsstellen in den Bezirken, die sich am Bedarf vor Ort orientieren und strategische Prozessbegleitung, Unterstützung bei Maßnahmen- und Projektentwicklung, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit anbieten und als Schnittstelle für den Fachbereich Integration und Zusammenleben fungieren.

Außerdem sind ReKI Schnittstellen für Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Fachbereich Migration, Asyl, Integration und Zusammenleben. Sie unterstützen z.B. bei der Vernetzung, Sichtbarmachung und Beratung von Freiwilligeninitiativen in den Bezirken, stellen Kontakte her, informieren über verschiedene Aktivitätsschwerpunkte und koordinieren Gemeinde übergreifende Projekte. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der ReKI ist die prozesshafte Begleitung der bezirksweiten Pilotprojekte „Sprache und Arbeit – Integration Oberösterreich für Asylwerberinnen und Asylwerber mit hoher Bleibeperspektive“.  

- In einem **Kooperationsprojekt** zwischen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, dem Roten Kreuz und dem Land Oberösterreich wurde ein Vermittlungsformat für den **Besuch von Asylwerbenden** an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen entwickelt. Durch den Besuch der Gedenkstätte soll eine Auseinandersetzung mit den Folgen von Rassismus, Hass, Intoleranz und Vorurteilen erreicht werden. Die Auseinandersetzung soll zum Verständnis für Demokratiebildung, zur Sensibilisierung gegenüber totalitären Tendenzen und schließlich zur besseren Integration beitragen. Nach Abschluss der Pilotphase wird dieses Projekt derzeit evaluiert.    (n)

3.3.2 Abteilung Kinder- und Jugendhilfe²⁰

Zu den Kernaufgaben der Kinder- und Jugendhilfe in den Bezirken gehören **präventive Angebote** und die **Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen** in unterschiedlichen (Krisen-)Situationen. Im Rahmen dieser Tätigkeit kann sich Extremismus und Radikalisierung in unterschiedlichen Formen zeigen und erfordert eine Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vor allem sind Kinder und Jugendliche, insbesondere wenn sie in schwierigen Familiensituationen aufwachsen, besonders gefährdet sich einer problematischen Gruppierung anzuschließen. Die Erfahrungen in den Bezirken sind sehr unterschiedlich. Allgemeingültig ist jedoch der Bedarf an fachspezifischen Weiterbildungsmöglichkeiten und Kooperationen mit anderen Institutionen.

²⁰ Bericht der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe vom 31. März 2023

Aufgrund der Beschränkungen im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden die Informationsveranstaltungen und Vernetzungstreffen vorübergehend eingestellt. Im Jahr 2022 hat die Kinder- und Jugendhilfe bei einem **Vernetzungstermin** der **Landespolizeidirektion OÖ** teilgenommen, wo auch viele Vertreterinnen und Vertreter anderer Dienststellen der Kinder- und Jugendhilfe teilnahmen. Dieser Austausch, bei dem aktuelle Entwicklungen von Jugendgruppierungen thematisiert werden, soll beibehalten werden. ■ (n)

Die Abteilung Kinder- und Jugendhilfe organisiert **Fortbildungsmöglichkeiten** für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe an den Bezirksverwaltungsbehörden zum **Themenkomplex Migration**. Im Jahr 2021 fand eine Veranstaltung zum Thema **Zwangsheirat und Verschleppung** statt, bei der Expertinnen und Experten des Vereins „Orient-Express“ eingeladen waren. Darüber hinaus wird über das Angebot des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) berichtet bzw. erfolgt eine Teilnahme einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dadurch soll zu einer erhöhten Sensibilität bei der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien hinsichtlich Extremismus- und Radikalisierungstendenzen beigetragen werden. ■ (n)

Traumatisierungen können starke Verunsicherungen mit sich bringen, die wiederum zum Verlust von Halt und Sicherheiten führen. In mehreren Modulen zur **Traumapädagogik** für pädagogisch verantwortliche Personen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden sozialpädagogische Kompetenzen zum Themenkomplex erworben. In weiterführenden Arbeitsgruppen wird auf Ebene der sozialpädagogischen Einrichtungen das erworbene Wissen breit umgesetzt. Die Module finden laufend statt. ■

In einem bewussten Prozess wurde von mehreren Betreibern von sozialpädagogischen Einrichtungen ein **Rahmenkonzept „Politische Bildung“** entwickelt, welches im Jahr 2019 in die Kommunikation mit den Einrichtungen/Leistungsangeboten gegangen ist. Die darin verankerten Grundhaltungen dienen der Meinungs- und Partizipationsförderung sowie der Entwicklung sozialer Kompetenz der betreuten Kinder und Jugendlichen. Dies fördert ein selbstbestimmtes politisches Denken, womit auch Polarisierungen entgegengewirkt werden soll. ■

3.3.3 Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Oberösterreich²¹

Die Tätigkeiten der weisungsfreien Kinder- und Jugendanwaltschaft OÖ (KiJA OÖ) basieren auf der UN-Konvention über die Rechte des Kindes mit dem zentralen Schutzbereich vor jeder Form von Gewalt und Extremismus.

²¹ Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes OÖ vom 28. März 2023

Die Ausbildung der eigenen Identität ist die wichtigste Entwicklungsaufgabe: Wer bin ich, und wie will ich leben? Wer sind meine Vorbilder? Die damit einhergehende Verunsicherung macht empfänglich für Einflüsse von außen, auch für negative. Der Druck der Peer-Group oder auch radikalisierte Strömungen jeglicher Ausrichtung können die Identitätsentwicklung nachhaltig stören.

Ziel aller kinderrechtlichen Präventionsmaßnahmen ist es, Kinder und Jugendliche zu stärken und in der Ausbildung ihrer Identität zu unterstützen. Daneben ist die KiJA OÖ eine niederschwellige, vertrauliche Anlaufstelle für direkt von Gewalt Betroffene. Durch die Vielzahl der Zugänge zur Thematik „**Recht auf Schutz vor Gewalt**“ sowie die enge Anbindung und unbürokratische Verknüpfung der Präventionsangebote mit dem übrigen Leistungsangebot der KiJA OÖ können Synergien optimal genutzt werden.

3.3.3.1 Maßnahmen zur Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Eltern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Hilfen für Betroffene von Gewalt²²

- **Einzelfallberatungen und Psychotherapie**

Interventionen bei (Cyber-)Mobbing, Ausgrenzung und Gewalt sind in den letzten Jahren an die erste Stelle gerückt, mit einem Anteil von einem Drittel der insgesamt rund 4.500 jährlichen Einzelfallberatungen. Vor allem Jugendliche in schwierigen persönlichen oder/und familiären Situationen suchen vertrauliche Beratung, darunter auch einige mit extremistischem und/oder streng religiösem/sektenähnlichem Umfeld. ■



- **Workshops für Schulklassen zu Konfliktlösung und gewaltfreiem Umgang**

Bei den individuell auf die Klassensituation abgestimmten Workshops werden Gewaltprävention und -intervention mit gewaltfreier Konfliktklärung und der Vermittlung von sozialen Kompetenzen verbunden. Dabei werden auch die verschiedenen kulturellen Hintergründe der Schülerinnen und Schüler aufgegriffen und neben (Cyber-)Mobbing und Gewalt auch Zivilcourage und Respekt sowie die Rollenbilder von Mann und Frau thematisiert. Jährlich werden rund 450 Workshops in Co-Moderation (Mann und Frau) oberösterreichweit durchgeführt. ■ ■



²² Mehr unter www.kija-ooe.at

- **Theaterpädagogische Angebote**


Jedes zweite Schuljahr findet eine Tour der KiJA OÖ mit Theateraufführungen durch ganz Oberösterreich statt. Während der Zeit der COVID-19-Pandemie wurden Onlineangebote geschaffen. Die auf realen Beratungssituationen beruhenden Theaterstücke richten sich primär an Schulklassen und werden pro Tour von rund 12.000 jungen Menschen gesehen.

Das aktuelle Jugendtheaterstück „Recht.Selbst.Sicher“ will zur Auseinandersetzung mit Normvorstellungen, Individualität und Toleranz anregen, indem es u.a. Bodyshaming und Gruppendruck in digitalen Medien thematisiert.  




- **respect@school – das Schulentwicklungsprogramm der KiJA OÖ**

Dieses zertifizierte Angebot des Landes OÖ zur **Entwicklung** einer **respektvollen Schulkultur** bezieht alle Schulpartnerinnen und -partner ein. Es erfordert Maßnahmen auf der Schul-, der Klassen- und der individuellen Ebene. Mobbing- und Gewaltprävention kann nur gelingen, wenn sie ein gemeinsames Anliegen aller Schulpartnerinnen und -partner ist und im normalen Alltag gelebt wird. Bisher wurden sieben Schulen zertifiziert.  



- **Kinderrechte im Elementarbereich: Präventionstage im Kindergarten**

Durch Theaterstücke, Spielimpulse und kreative Methoden werden **Kinderrechte**, so auch das Recht auf Schutz vor Gewalt, **spielerisch vermittelt**. Gemeinsam mit den Pädagoginnen und Pädagogen werden Anregungen zur Vertiefung erarbeitet, bei Elternabenden wird über die präventive Wirkung von Kinderrechten informiert. Mit jährlich rund 100 Präventionstagen hat sich dieses Angebot sehr gut etabliert. 



- **Rassismus und Gewalt im Sport – Workshops und Kooperationsprojekte**

Auch im Sportbereich sind Rassismus, Mobbing und Ausgrenzung ein ernst zu nehmendes Problem. In individuellen Projekten – von Workshops mit Nachwuchsspielerinnen und -spielern über Trainer-Coachings bis hin zu Elternabenden wird von den KiJA-Trainerinnen und -Trainern gewaltpräventiv gearbeitet. Beispielsweise im Rahmen des Vereinscoaching des OÖ Fußballverbandes.   


- **Fortbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**

Neben einzelnen Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurde im Frühjahr 2023 eine KiJA-Fachtagung in Kooperation mit der Schulsozialarbeit des Landes (SuSa) sowie der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz zum Thema „Gewaltprävention und Intervention“ mit rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern abgehalten. Gemeinsam mit der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz wurde überdies ein in Österreich einzigartiges, **berufsbegleitendes Masterstudium entwickelt**, wobei bisher zwei Turnusse stattgefunden haben.   (n)



- **Präsenz der KiJA OÖ in den Sozialen Medien**

Um Kinder und Jugendliche dort abzuholen wo sie sich regelmäßig aufhalten, engagiert sich die KiJA OÖ in den Sozialen Medien. Seit 2022 wird daher einen TikTok-Kanal betrieben, auf dem mit Stand Anfang 2023 knapp 40 Videos veröffentlicht wurden. Der Kanal behandelt diverse Themen in Form von Kurzvideos: Gewalt, Drogenkonsum, Recht am eigenen Bild, Medienkompetenz und anderes mehr. Als weiteres Online-Präventionsangebot wird ein Instagram-Kanal betrieben. Im Jahr 2023 wird eine Serie gestartet, die Mobbing, Diskriminierung, Verhetzung, Radikalisierung und Fake News thematisiert.   (n)

- **Kooperation mit dem Integrationsressort OÖ**

Im Jahr 2018 wurde vom Integrationsressort ein „Kinderrechtsschwerpunkt“, insbesondere mit Bewusstseinsbildung zur Gleichstellung aller Geschlechter und dem Recht auf Schutz vor Gewalt gesetzt. Die Abwicklung der Maßnahmen erfolgte über die Integrationsstelle des Landes OÖ. Die KiJA OÖ stellte hierfür auf vielfältige Weise ihr Fachwissen zur Verfügung: von Informationsveranstaltungen, Workshops und Theateraufführungen für Migrationsvereine, Materialien für Deutschkurse bis hin zur Mitwirkung an der Schulung für Quartiergeberinnen und -geber. Die daraus entstandene Vernetzung und Zusammenarbeit ist in einigen Bereichen nachhaltig und dauert weiter an. 

- **Elterncafés und Vorträge**

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Interkulturelle Pädagogik der Volkshochschule OÖ bietet die KiJA OÖ Elterncafés zu den Themen „Mobbing und Gewaltprävention“ und „Kinderrechte“ an, die von Schulen sowie Migrationsvereinen gerne gebucht werden. Im ungezwungenen Rahmen haben Eltern die Möglichkeit, Fragen zu stellen.  

- **Studien und Umfragen zu „Gewalt im Umfeld von Jugendlichen in OÖ“**

Im Auftrag der österreichischen Kinder- und Jugendanwaltschaften führte das Institut für Jugendkulturforschung eine österreichweite Studie zu Gewalt- und Mobbing Erfahrungen von Jugendlichen in unterschiedlichen Sozialräumen sowie zum Umgang junger Menschen mit Gewalt und Mobbing durch. Die Priorisierung von Sicherheit im Rahmen der persönlichen Lebensplanung spiegelt sich auch in der Umfrage wider. 78 % der Befragten fühlen sich in der Familie „sehr sicher“ und weisen sie damit als ihren wichtigsten Lebensbereich aus. Nach der Familie folgt der Freundeskreis, der für fast 70 % ein sehr sicherer Ort ist. Im Vergleich dazu werden Schule, Arbeitsplatz und der Großraum Europa als weniger sicher empfunden. Explizite Ängste der Jugendlichen beziehen sich zugleich auf mögliche gesellschaftliche Krisen wie Klimawandel, steigender Rassismus und Terroranschläge, aber auch private Ängste, wie der Tod eines nahen Familienangehörigen. Genauso belastend sind für die Jugendlichen Konflikte innerhalb der Familie und finanzielle Probleme der Familienangehörigen. Laut Studien der vergangenen Jahre hat jeder vierte bis fünfte junge Mensch in Österreich Erfahrung mit Mobbing. Die Ergebnisse der jüngst veröffentlichten WHO-HBSC²³ Studie 2021/22 verzeichnen für österreichische Schülerinnen und Schüler (ab der 5. Schulstufe) einen leichten Rückgang: Demnach gaben zwischen 7 % und 26 % der Schülerinnen und Schüler an, in den letzten Monaten Erfahrung als Mobbingopfer in der Schule gemacht zu haben. Zwischen 3 % und 13 % waren Opfer von wiederholten Taten. Gab vor der COVID-19-Pandemie (2020) noch rund ein Viertel der befragten Jugendlichen²⁴ an, selbst schon auf Social Media beleidigt worden zu sein, so hat laut einer im Jahr 2022 stattgefundenen Befragung²⁵ schon die Hälfte (48 %) Beschimpfungen und Beleidigungen am eigenen Leib erfahren. Die KiJA OÖ steht diesbezüglich im engen Austausch mit Saferinternet. ■

3.3.3.2 Träger und Unterstützung von Netzwerken

- **Plattform Gewaltprävention OÖ²⁶**

Durch vernetztes Handeln der Trägerorganisationen dieser oberösterreichischen Plattform – Landeskriminalamt OÖ, KiJA OÖ, Schulpsychologie/Bildungsdirektion OÖ, Institut Suchtprävention pro mente OÖ und Education Group GmbH – werden sowohl im Einzelfall als auch im Bereich der Prävention Synergien genutzt und passgenaue Hilfen geboten. Neben gemeinsamen Fachveranstaltungen liegt der Mehrwert im regelmäßigen Informationsaustausch und in der internen gemeinsamen Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ■

²³ Health Behaviour in School-aged Children

²⁴ Jugendstudie „Recht auf Schutz vor Gewalt“, Institut für Jugendkulturforschung im Auftrag der Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs, 2020

²⁵ Studie „Cyber-Mobbing“, [Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung](#) im Auftrag von Saferinternet.at und [ISPA - Internet Service Providers Austria](#), 2022

²⁶ www.gewaltpraevention-ooe.at

- **Mitgliedschaft im Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung**

2017 wurde vom Bundesministerium für Inneres und dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung²⁷ das „Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (BNED) eingerichtet. In diesem Netzwerk engagieren sich neben mehreren Ministerien, den Bundesländern sowie Expertinnen und Experten der Zivilgesellschaft auch die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs, vertreten durch die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien. Als erste Maßnahme des BNED wurde 2018 eine nationale Strategie zum Thema „Extremismusprävention und Deradikalisierung“ erarbeitet. Der Nationale Aktionsplan Extremismusprävention und Deradikalisierung wird laufend evaluiert und im Zuge dessen werden auch von der KiJA OÖ bestehende, bereits abgeschlossene sowie neue Präventionsmaßnahmen bekannt gegeben. ■

- **Mitgliedschaft im nationalen No Hate Speech-Komitee²⁸**

Die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs sind aktives Mitglied des im Juni 2016 gegründeten nationalen Komitees zur Umsetzung und Weiterführung der „No-Hate-Speech“-Initiative des Europarates. Auf der Plattform CounterACT! werden Informationen, Tools und Handlungsanleitungen zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet bereitgestellt. ■

3.3.4 Abteilung Gesellschaft²⁹

Eine erhebliche generalpräventive Wirkung wird innerhalb der Kernaufgaben der Abteilung Gesellschaft durch die Förderung bestmöglicher Rahmenbedingungen im Bereich der schulischen und außerschulischen Erziehung, der Jugendarbeit, der Familie und des Sports erreicht.

3.3.4.1 Beratungsangebote

- **Jugendinformations- und Beratungsstellen des Landes (JugendService)**

Das Netz der 14 JugendService-Infostores stellt eine **erste, kompetente** und **vertrauliche Anlaufstelle** für alle Themen der jugendlichen Lebensrealitäten dar, die bei Bedarf auch zur spezialisierten **Beratungsstelle Extremismus** des Bundes bzw. zur Helpline weitervermitteln.

²⁷ Seit Dezember 2021 Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)

²⁸ www.nohatespeech.at

²⁹ Bericht der Abteilung Gesellschaft vom 30. März 2023

Etwa 1/3 der Jugendlichen die das JobCoaching bzw. die Berufs- und Bildungsberatung des JugendService in Anspruch nehmen, haben Migrationshintergrund. Die Unterstützung bei der Suche nach einer Lehrstelle/Arbeitsstelle, Beratungen u.a. zum Thema Nachholen von Schulabschlüssen, Schulbesuch usw. ist ein konkreter sinnvoller Beitrag. Weiters gibt es Informationen für Eltern in verschiedenen Sprachen. ■

- **Regionalstelle OÖ für EU-Programme: Erasmus+ und Jugend & Europäisches Solidaritätskorps**

Eine eigene regionale Beratungsstelle unterstützt oberösterreichische Initiativen bei Förderprojekten in Zusammenarbeit mit „Erasmus+“ bzw. „Jugend in Aktion“ und treibt somit das gegenseitige Verständnis zwischen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern, den europäischen Freiwilligendienst sowie weitere europaweite Jugendinitiativen voran. Den Jugendlichen wird so auch der Wert einer offenen und demokratischen Gesellschaft vermittelt. ■ ■

3.3.4.2 Kooperation und Netzwerke

Das Jugendreferat nimmt an verschiedenen Vernetzungstreffen teil, wie beispielsweise dem „Verwaltungsinternen Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen – Land OÖ“ und hat an der Fokusgruppe „Integration, Gleichstellung und Gender“ im Zuge der Evaluierung des OÖ Integrationsleitbildes mitgearbeitet. Die Einbeziehung und Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund und Wertschätzung der Vielfalt ist für die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit ein wichtiger Aspekt. Jugendarbeit leistet in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag. Die Jugendarbeit steht im Bereich der Integration von Jugendlichen und insbesondere von jungen Menschen mit Fluchterfahrung vor vielen Herausforderungen. ■

3.3.4.3 Hebung der Medienkompetenz



- **Workshops zur Sensibilisierung hinsichtlich Cybermobbing**

Workshops des JugendService OÖ für Schulklassen der 5. - 9. Schulstufe zur Sensibilisierung hinsichtlich Cybermobbing. Im Rahmen des Workshops erfahren die Schülerinnen und Schüler Gründe für Cybermobbing, rechtliche Konsequenzen und erhalten vor allem wichtige Tipps, wie man sich gegen Cybermobbing wehren kann. ■ ■ (n)

- **Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Workshops**


Workshops des JugendService OÖ für Schulen zur Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern:

- „Lost in Information:“
Suchen - Finden - Bewerten – Entscheiden: Es werden der **bewusste** und **kritische Umgang** mit den **eigenen Daten** angeregt sowie **Tipps** für den **richtigen Umgang** mit der **Informationsvielfalt** gegeben.
- „Smartphone – aber sicher“
Schon heute besitzt die Mehrheit der Kinder in der Volksschule ihr erstes Smartphone. Nach dem Workshop können Volksschülerinnen und Volksschüler Gefahren am Smartphone einschätzen und wissen, wie sie **sicher** und **richtig** mit dem **mobilen Gerät umgehen**.

Ziel beider Workshops ist die Förderung der **digitalen Medienkompetenz** und eines **kritischen Denkens**.   (n)

3.3.4.4 Non-formaler Bildungsbereich

Stärkung der Jugendarbeit durch Förderung der außerschulischen Jugendarbeit

Das JugendService OÖ fördert die Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit, im Besonderen jene der verbandlichen und offenen Jugendarbeit durch Bereitstellung von laufenden Förderungen, Basisförderungen bzw. Projektförderungen. Im Vordergrund steht dabei die Stärkung der Jugendarbeit vor Ort aber auch im digitalen Raum. 

3.3.4.5 Aus- und Weiterbildung

Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der außerschulischen Jugendarbeit

Das JugendService OÖ bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der außerschulischen Jugendarbeit zahlreiche Fort- und Weiterbildungsangebote in unterschiedlichsten Bereichen. Insbesondere auch im primärpräventiven Bereich bzw. je nach Bedarf auch im Bereich der sozialen Inklusion, psychosozialen Unterstützung, interkulturellen Aspekte uvm. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendeinrichtungen werden überdies Weiterbildungsangebote zur Demokratiekultur angeboten.

Ab 2023 werden im Zuge des Aus- und Weiterbildungsprogramms Workshopmodule zum Thema Gewaltprävention, Respekt und Zivilcourage angeboten. ■ (n)

3.3.4.6 Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz

Workshop „Ich schau auf mich“

Das JugendService des Landes OÖ bietet das Workshop-Format „Ich schau auf mich!“ für Schulklassen bzw. Schülerinnen und Schüler ab der 9. Schulstufe an.

Dieser Workshop bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, über das Thema **psychische Gesundheit** nachzudenken und Methoden kennenzulernen, mit welchen sie ihr seelisches Wohlbefinden positiv beeinflussen können.

Themenschwerpunkte:

- Umgang mit Stress und Druck sowie Gefühlen und Emotionen
- Anregungen und konkrete Tools (Tagebuch, Linkliste, Selfcare-Tipps) zum Mit-nach-Hause-Nehmen und Selbsta ausprobieren ■ ■ (n)

3.3.4.7 Sonstige präventive Maßnahmen

- Der **Arbeitskreis Mädchenarbeit OÖ**, der regelmäßig durch das Jugendreferat abgehalten wird, beschäftigte sich in den vergangenen Jahren immer wieder spezifisch mit Themen wie „Mädchen- und Frauenbild in arabischen Ländern – Religion und Frauen“, „Mädchen und junge Frauen auf der Flucht“, und „Frauen- und Familienrollen sowie Geschlechterbilder im Interkulturellen Kontext“. ■
- Die **Broschüre „Mein neuer Nachbar“** der Österreichischen Jugendinfos in Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) **informiert junge Menschen** zu den **Themen Flucht und Asyl**. Neben aktuellen Zahlen und Fakten sowie den wichtigsten Begriffsdefinitionen bietet die Broschüre vor allem auch **Antworten** auf von Jugendlichen **häufig gestellte Fragen**. ■

3.3.5 Direktion Personal³⁰

Bei **Neuaufnahmen** in den Landesdienst wird bei bestimmten Verwendungen von der Abteilung Personal-Objektivierung bei der Polizei eine **Sicherheitsüberprüfung** gemäß § 55 und § 55a Sicherheitspolizeigesetz eingeholt.³¹ Davon betroffen sind insbesondere Aufnahmen

- in den Büros der Mitglieder der Oö. Landesregierung (einschließlich so genannte „Regierungsfahrer“),
- in den Büros der Oö. Landtagsklubs,
- in den Büros der Präsidentinnen und Präsidenten des Oö. Landtags,
- in die Abteilung IT sowie
- in die Sicherheitsabteilungen der Bezirkshauptmannschaften.

Dies betrifft ca. 20-30 Personen pro Jahr, wobei die Betroffenen über das Ergebnis schriftlich informiert werden. Extremistische Aktivitäten wurden dadurch bisher nicht aufgezeigt, sehr wohl aber unrichtige Angaben in den Sicherheitserklärungen, bei denen die Betroffenen offenbar auf die eingeschränkten Auskunftsrechte der Arbeitgeber bzw. Tilgungen nach dem Strafregistergesetz vertraut haben.

Darüber hinaus erfolgen Sicherheitsüberprüfungen bei der externen Bestellung von Direktorinnen und Direktoren sowie Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern beim Amt der Oö. Landesregierung sowie bei der externen Bestellung von Bezirkshauptleuten.

Eine Sicherheitsüberprüfung erfolgt zudem in sonstigen besonderen Fällen bei Personen,

- bei denen eine Ausnahme vom Inländervorbehalt gewährt werden soll und die Zugang zu vertraulichen Daten des Landes Oberösterreich haben,
- die aufgrund ihrer Funktion entweder in größerem Umfang oder in zentralen bzw. sensiblen Bereichen Zugang zu derart vertraulichen Daten haben, oder
- bei denen Zweifel an der gesetzmäßigen Amtsführung oder an der Geheimhaltung von derartigen vertraulichen Daten entstehen.

Werden bei einer bereits im Landesdienst stehenden Person Umstände bekannt, die erhebliche Zweifel an der gesetzmäßigen Amtsführung oder an der Geheimhaltung von vertraulichen Daten begründen, so wird die Abteilung Personal beauftragt, von Amts wegen eine Sicherheitsüberprüfung nach §§ 55 ff SPG vornehmen zu lassen.

³⁰ Bericht der Abteilung Personal-Objektivierung vom 6. April 2023

³¹ Amtsverfügung von Landeshauptmann Mag. Stelzer vom 7. Mai 2019

Sollte die Sicherheitsüberprüfung Bedenken in Richtung Gefahrenlage ergeben, werden die entsprechenden Stellen informiert und es wird kein Dienstverhältnis begründet. Wenn ein Dienstantritt bereits erfolgt ist, wird die Abteilung Personal angewiesen, das Dienstverhältnis nach Maßgabe der dienstrechtlichen Möglichkeiten zu beenden. ■

3.3.6 Direktion Finanzen

Die Allgemeinen Förderrichtlinien des Landes Oberösterreich wurden im Jahr 2019 dahingehend geändert, dass eine **Förderung ausgeschlossen** ist, wenn es sich bei der Förderungswerberin oder beim Förderungswerber um eine **extremistische Bewegung** oder einen Verein handelt, welcher eine solche Bewegung unterstützt oder einer solchen nahesteht.³²

Die Beurteilung, ob es sich um eine extremistische Bewegung oder einen Verein handelt, welcher eine solche Bewegung unterstützt oder einer solchen nahesteht, ist dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) vorbehalten. Eine aktuelle Liste aller seitens des LVT als extremistisch eingestuften Bewegungen oder Vereine, welche solche Bewegungen unterstützen oder solchen nahestehen, wird seitens der Abteilung Präsidium mit Erlass kundgemacht. Bei Bedenken der Förderstelle, ob es sich bei einer Förderungswerberin oder einem Förderungswerber um eine extremistische Bewegung oder einen Verein handelt, welcher eine solche Bewegung unterstützt oder einer solchen nahesteht, sollte die Abteilung Präsidium zur Abklärung mit dem LVT eingeschaltet werden. ■


3.3.7 Direktion Präsidium


Das Land Oberösterreich schließt nicht nur extremistische Bewegungen von Förderungen aus. Zusätzlich ist vorgesehen, der „**Identitären Bewegung**“ bzw. Vereinen, die diese unterstützen oder ihr nahestehen, **keine Räumlichkeiten des Landes** für Veranstaltungen oder sonstigen Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.³³ ■

Der Bedrohung durch extremistische Gruppierungen muss gesamtgesellschaftlich entgegengetreten werden. Dementsprechend gibt es mehrere Netzwerke, die sich der Analyse sowie der Entwicklung von Präventionsansätzen widmen. Die **Abteilung Präsidium vertritt das Land Oberösterreich** in folgenden **Netzwerken**:

³² Beschluss der Oö. Landesregierung am 13. Mai 2019

³³ 3. Sitzung des Oö. Landessicherheitsrats am 10. April 2019

- Im **Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)** stimmen sich Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Ministerien, den Bundesländern, der Zivilgesellschaft, dem Städte- und Gemeindebund sowie Expertinnen und Experten in regelmäßigen Abständen zu strategischen Aspekten von Extremismusprävention und Deradikalisierung ab. Das Netzwerk versteht sich dabei als strategisches und politikberatendes Gremium und gilt als Meilenstein und europäisches Vorbildmodell. Das BNED hat zur Aufgabe,
 - Einzelmaßnahmen der Extremismusprävention und Deradikalisierung zu bündeln,
 - den fachlichen und interdisziplinären Austausch zu bundesweiten Maßnahmen im Bereich Extremismusprävention und Deradikalisierung voranzutreiben,
 - geeignete Interventionsmaßnahmen zu identifizieren sowie
 - Handlungsempfehlungen, Strategien, Aktionspläne etc. zu aktuellen Themen der Extremismusprävention und Deradikalisierung zu erstellen.³⁴ 

- Die Verhütung und Bekämpfung von Antisemitismus ist eine multidimensionale, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn Antisemitismus ist ein vielschichtiges Problem. Daher wurde 2022 das **Nationale Forum gegen Antisemitismus (NFA)** als Plattform zur laufenden gesamtgesellschaftlichen Abstimmung gegründet. Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern, Vereinen, Museen sowie staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen werden zukünftig regelmäßig zusammentreten, um aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln bzw. vorzuschlagen. So soll etwa ein Austausch über Best-Practice-Beispiele stattfinden.³⁵  (n)

3.3.8 Abteilung Kultur³⁶

Initiativen und Maßnahmen:

- **Kunst- und Kulturprojekte** mit **integrativen Aspekten** werden in **besonderem Ausmaß gefördert**.   

Im Rahmen der **Kulturförderung** werden zum Beispiel folgende Projekte unterstützt:   

- **Mauthausen Komitee:** Das Mauthausen Komitee Österreich wird für die Gedenkveranstaltungen und Befreiungsfeiern aus Kulturmitteln unterstützt.

³⁴ Siehe dazu näher unter 4.1 Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung

³⁵ Näheres siehe Punkt 5.

³⁶ Bericht der Direktion Kultur vom 29. März 2023

- Verein Zeitgeschichte Ebensee: Vermittlung der Spaltung der Gesellschaft um die Jahrhundertwende, vor allem mit besonderem Blickpunkt auf die Zwischenkriegszeit und die folgende NS-Zeit sowie die unmittelbare Zeit nach 1945. (n)
- „Fördercall EXTRA23: Heimat“, ein Sonderförderungsprogramm zum Thema Heimat, das beleuchtet, was Identität ausmacht, wie sich Identitäten entwickeln, was Heimat nach außen repräsentiert. Der Heimatbegriff wird geöffnet und erweitert aus Sicht von Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie LGBTQ*. (n)
- Jugendtheaterprojekte, bei denen Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam ein Theaterstück auf die Bühne bringen. Förderung vom international vernetzten Projekt RESIST! im Bereich der Kinder- und Jugendkultur (Förderwerber „Theater asozial“) und Veranstaltungen für jüngere Kinder, wie etwa dem Stück „Kasperls Mut! Das tut gut.“ des Linzer Puppentheaters zum Thema Resilienz.
- Förderung von Initiativen, wie etwa vom Verein Vielfalter „Sommer des Respekts“ im Innviertel sowie Initiativen, die konkret am Abbau von Vorurteilen gegenüber und Hürden für benachteiligte Gruppen arbeiten (PANGEA, FIFTITU%). (n)
- Mit der Aufführung „Briefe von Ruth“ bringt der Musicalfrühling Gmunden 2023 das zum UNESCO-Weltdokumentenerbe zählende Werk, das auf den Briefen und Tagebüchern der Wiener Jüdin Ruth Maier zwischen 1933 und 42 basiert, auf die Bühne. (n)
- „Aktion Schule und Museum“: Damit werden im Besonderen Fahrtkosten von Schulen zu Gedenkstätten (Hartheim, Mauthausen, Zeitgeschichtemuseum Ebensee, etc.) gefördert. (n)
- Verein Zeitgeschichte Braunau, der die Schärfung des Geschichtsbewusstseins der Allgemeinheit verfolgt und sich dabei thematisch vor allem mit der NS-Geschichte, aber auch der Zeitgeschichte auseinandersetzt. Jährlich werden neben Ausstellungen auch die „Braunauer Zeitgeschichte-Tage“ veranstaltet.
- Mit dem Programm „Schule macht Kultur“ werden insbesondere Projekte die sich der Prävention von Antisemitismus und Rechtsextremismus, der Gedenkkultur und der geschichtlichen Aufarbeitung widmen berücksichtigt. (n)
- Die Salzkammergut Festwochen sowie das Orchester Divertimento Viennese setzten 2022 einen Schwerpunkt anlässlich der Erinnerung an den jüdischen Komponisten Erich Wolfgang Korngold. Dabei wurden in einem Konzert Werke Korngolds aufgeführt und es fand eine Lesung durch Klaus Maria Brandauer statt, bei denen jeweils auch der Vertreibung und Emigration des Künstlers einem breiten Publikum vor Augen geführt wurde. Dieser Schwerpunkt wird auch 2023 weiter fortgeführt. (n)

- Die Bewusstseinsregion Mauthausen-Gusen-St. Georgen setzt sich in ihrem Jahresprogramm laufend mit dem Thema Bewusstseinsbildung der Bevölkerung hinsichtlich der NS-Geschichte, aber auch mit aktuellen gesellschaftlichen Bezügen, wie Menschenrechten und humanitärer Bildung auseinander. (n)
- Förderung des Vereins „Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim“: Durch die Ausstellung „Wert des Lebens“ und die laufenden pädagogischen Angebote für Schülerinnen und Schüler wird eine Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen der NS-Zeit und gleichzeitig eine Sensibilisierung für die Faktoren, die extremistische Gedanken und Entwicklungen begünstigen können, ermöglicht. Die Bedeutung der Demokratie und der Menschenrechte, sowie die Verantwortung und der Handlungsspielraum des Einzelnen werden thematisiert, gleichzeitig wird der Bogen zur Gegenwart und in die Zukunft gespannt, da auch Fragen der Ethik, der Biomedizin usw. thematisiert und diesbezüglich sensibilisiert wird. Zudem wurde die Ausstellung Wert des Lebens im Mai 2021 nach einer kompletten Neuaufstellung wiedereröffnet. (n)
- Förderung der Errichtung eines Gedenk- und Vermittlungsraumes an der KZ-Gedenkstätte Ebensee der gemeinsam von Mauthausen Memorial und dem Verein Zeitgeschichte Ebensee umgesetzt wird. (n)
- Open-Air-Filmretrospektive der Bundesanstalt KZ-Gedenkstätte Mauthausen Memorial: Die Open-Air Filmretrospektive an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist ein niederschwelliges Kultur- und Bildungsangebot in Form eines Freiluftkinos mit anspruchsvollem Inhalt und Rahmenprogramm. Ziel der Veranstaltung ist es, Menschen über das niederschwellige Medium Film über die Anfänge, Ausprägungen und Folgen der nationalsozialistischen, ideologisch motivierten Menschenverfolgung, Misshandlung und Vernichtung in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern zu informieren sowie Bezüge zur Gegenwart herzustellen. (n)
- Förderung von zahlreichen Filmprojekten, die sich mit Themen wie Nationalsozialismus, Extremismus und den verschiedenen Ausprägungen des Widerstands auseinandersetzen, z.B. Zeitzeugen-Dokumentationen, Dokumentarfilme wie „Blutiger Boden, reiche Erträge. Das Wirtschaftsimperium der SS und seine Opfer.“, „Stollen in den Dachsteinkalk“, „Die verdrängten Toten. Die NS-Euthanasie-Verbrechen in der Heil- und Pflegeanstalt Mauer-Öhling“, „Meine Großeltern, die Nazis - Enkelkinder und NS-Aufarbeitung“, „Ode an das Erinnern“, „Braunau“, „Codename: Spielwarenfabrik - Panzerwerk St. Valentin“. (n)
- Das Jugendfilmprojekt „Finger weg von meinen Rechten! Transkontinentale Kurzfilme von Jugendlichen“ des Vereins „DIE SCHWEIGENDE MEHRHEIT. Verein für politisch-kulturelle Interventionen“, bei dem oberösterreichische Jugendliche im direkten Austausch mit Jugendlichen im globalen Süden (Mexiko, Kenia, Senegal) die Lebenswirklichkeit der jeweils anderen Seite hinter den vertrauten, aber oberflächlichen und oft stereotypen Bildern entdecken und hinterfragen. (n)

- Filmprojekte, die sich mit Integration und kulturellen Unterschieden auseinandersetzen, z.B. der Dokumentarfilm „Colder/Kälter“, der sich mit der Integration von Flüchtenden aus der Ukraine in Österreich auseinandersetzt oder das Filmprojekt „Meine Schwester in der Ferne“, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Städte Linz und Yazd (Iran) einander näher zu bringen. (n)
- Literarische Projekte, die sich mit Themen wie Extremismus, Faschismus oder Nationalsozialismus auseinandersetzen, wie z.B. "Überleben um Zeugnis abzulegen. Essayband zur KZ-Literatur" von Helmut Rizy oder das Theaterstück „Unter Tieren“ von Andrea Drumbli-Menzinger. (n)
- Förderschiene für die Neuerrichtung von Denkmälern/Gedenkstätten zur Erinnerung an die Gräueltaten der Weltkriege sowie der NS-Zeit (z.B. Mauthausenkomitee Enns, Errichtung eines Denkmals in Erinnerung an die Todesmärsche vom KZ Mauthausen nach Gunkskirchen, Mauthausenkomitee Steyr, Sanierungsmaßnahmen beim jüdischen Friedhof in Steyr, Erhaltung des Mahnmals zur Erinnerung an das ehemalige Arbeitserziehungs- und Zigeuneranhaltelager St. Pantaleon-Weyer). Aktuell sind Projekte beim Jüdischen Friedhof Linz geplant: Erneuerung der Grabinschriften sowie Künstlerische Gestaltung/Neuerrichtung von Grabstellen. (n)
- Förderung der **Europäischen Kulturhauptstadt 2024 Bad Ischl**, wobei von dieser ein besonderer **Schwerpunkt** auf **Erinnerungskultur** über alle Epochen gelegt wird. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei der NS-Zeit gewidmet, etwa mit Projekten wie „Die Reise der Bilder“, „Wege des Widerstands“, „Damals“, „Taskforce jüdisches Leben“ aber auch migrantischen aktuellen Positionen, wie beim Film „The Tree“, eines palästinensischen Künstlers. ■■■ (n)
- Im Rahmen eines grundlegenden wissenschaftlichen Projektes wurde auf Initiative des Ausschusses für Gesellschaft des OÖ. Landtags der **Widerstand von Frauen in der NS-Zeit erstmals wissenschaftlich aufgearbeitet**. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten wurden in der Publikation „Widerstand und Zivilcourage. Frauen in Oberösterreich gegen das NS-Regime 1938 – 1945“ präsentiert. Die Studie wurde von Elisa Frei, Martina Gugglberger und Alexandra Wachter erarbeitet. Zudem wird den **Frauen**, die **Widerstand** gegen das **NS-Regime** in Oberösterreich geleistet haben, am **OK Platz** in Linz ein **künstlerisches Denkmal** gesetzt. Das Konzept zu „5 vor 12. Unerhörter Widerstand“ stammt von Sabrina Kern und Mariel Rodriguez und soll 2023 umgesetzt werden. ■■■ (n)
- **Zusammenarbeit** mit dem **Mauthausen Memorial** im Bundesministerium für Inneres. ■
- Einarbeitung unterschiedlichster relevanter Themenstellungen diesbezüglich bei der Konzeption von Kulturprojekten der Abteilung Kultur. ■

- Nationalsozialismus, autoritäre Regime, Antisemitismus und Verfolgung bilden einen Schwerpunkt der zeitgeschichtlichen Publikationstätigkeit des Oö. Landesarchivs. ■
- Für Personen, die um Asyl angesucht haben sowie für Geflüchtete aus der Ukraine ist die Benutzung der Oberösterreichischen Landesbibliothek kostenlos. Es gibt derzeit keine zeitliche Begrenzung dieser Aktion. ■■ (n)
- Die allgemeinen Leitlinien der Programmkonzeption des Adalbert-Stifter-Institutes des Landes Oberösterreich, die Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Themen, Positionen und Welt-haltungen (so auch der Titel einer aktuellen Reihe), die Interkulturalität und Mehrsprachigkeit (etwa im Rahmen der „Entdeckungsreise Literatur“ für Volksschulen), die Themensetzung bei Ausstellungen, Tagungen etc. und die Publikationen sind der Wissenschaft und Grundsätzen der unteilbaren Würde und Gleichberechtigung aller Menschen sowie der aktiven Inklusion verpflichtet.

Aus dem Programm des Stifter-Hauses zum 30-Jahr-Jubiläum können beispielhaft Veranstaltungen zu „**Diversität und Gleichheit**“, die Ausstellung zu Franz Rieger (Autor von „Schattenschweigen oder Hartheim“) genannt werden, insgesamt ist Literatur und der Diskurs darüber ein weites Feld für Fragen der Verständigung.

Auch der Bereich Sprachforschung am Institut – so zum Beispiel das große Projekt „Sprachatlas von Oberösterreich“ – ist bestens geeignet, über Fragen zum Dialekt etwa, zu einer breiten Einbindung aller Interessierten beizutragen. Wissenschaftliche Vorträge und Debatten finden immer auch vor dem Hintergrund von Ideologiekritik statt. (n)

Zur inhaltlichen Orientierung ist das Adalbert-Stifter Institut des Landes Oberösterreich um eine stets offene und auf den bereits von Stifter formulierten Grundsätzen des Humanismus basierenden Haltung im Umgang mit unterschiedlichsten Zielgruppen, Nutzerinnen und Nutzer sowie Besucherinnen und Besucher bemüht. ■■

- Die OÖ Landes-Kultur GmbH zeigt regelmäßig **medienrelevante Kunstausstellungen** und zeigt mit einem eigenen Standort im Metaverse³⁷ besonderes Engagement. Es werden auch immer wieder in den Linzer Häusern Ausstellungen gezeigt, die auf folgende Themen eingehen:
 - Wie funktionieren digitale Technologien?
 - Welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen ergeben sich durch ihren Einsatz?
 - Welche Interaktions- und Handlungsoptionen ergeben sich dadurch? ■

³⁷ <https://www.oekultur.at/location-detail/dfc-digital-francisco-carolinum>

- **Restaurierung der Realien Hartheim** durch die OÖ Landes-Kultur GmbH:

Die Gegenstände, die im Zuge von Baggerarbeiten entdeckt wurden, waren beinahe 60 Jahre im Boden vergraben, was zu einem schlechten Erhaltungszustand geführt hat. Um ein Fortschreiten des Zerfallsprozesses zu verlangsamen, unterzieht die OÖ Landes-Kultur GmbH den Bestand in den nächsten Jahren einer Konservierung bzw. einer Restaurierung. Anschließend sollten die Gegenstände nach Hartheim zurückkehren, wo sie in einem Depotsystem in säurefreier Verpackung aufbewahrt werden. Die Maßnahmen können nunmehr durch die Übernahme der Sammlung durch die OÖ Landes-Kultur GmbH in das Eigentum des Landes Oberösterreich umgesetzt werden. ■ (n)

- Als Beitrag zur gesellschaftlichen Verankerung der Gleichstellung von Frauen ist die OÖ Landes-Kultur GmbH Kooperationspartner des Österreichischen Integrationsfonds, mit dem ein umfangreiches **Förderprogramm für Frauen mit Migrationshintergrund** ausgearbeitet wurde, welches seit zwei Jahren umgesetzt wird. Im Zuge dessen gibt es Führungen speziell für Frauen, um ihnen unser kulturelles Verständnis zu vermitteln und näherzubringen. Das Programm wird hervorragend angenommen und ist im Museumsbereich einzigartig. ■ (n)
- Die Anton Bruckner Privatuniversität beschäftigt sich als Kunstuniversität im Rahmen von Lehrveranstaltungen intensiv mit dem Phänomen der **Diversität** und **Interkulturalität**. ■

3.4 Maßnahmen des Österreichischen Bundesheers³⁸

Das Österreichische Bundesheer hat eine Vielzahl von internen Prozessen und (Präventions-)Maßnahmen, vor allem im Bereich des Personals gegen Extremismus und Radikalisierung zum Schutz militärischer Rechtsgüter³⁹. Das ÖBH hat zum Schutz militärischer Rechtsgüter das Abwehramt sowie einen S2-Fachdienst in verschiedenen Organisationsebenen abgebildet.

³⁸ Bericht des Österreichischen Bundesheers, Militärkommando Oberösterreich vom 8. März 2023

³⁹ Militärbefugnisgesetz – Fassung vom 08.03.2023 § 1 (7) Militärische Rechtsgüter nach diesem Bundesgesetz sind

1. Leben und Gesundheit von Personen, die mit der Vollziehung militärischer Angelegenheiten betraut sind, während ihrer Dienstausbübung, oder
2. darüber hinaus Leben, Gesundheit und mit einer zur Ausübung ihrer jeweiligen Funktion im Zusammenhang stehenden Sachen von Organwaltern verfassungsmäßiger Einrichtungen sowie von Vertretern ausländischer Staaten oder internationaler Organisationen oder sonstiger zwischenstaatlicher Einrichtungen, sofern deren Schutz jeweils im Rahmen der militärischen Landesverteidigung zu gewährleisten ist, oder
3. militärische Bereiche oder Heeresgut oder militärische Geheimnisse.

3.4.1 Zusammenarbeit mit Gedenkstätten

Seit 2020 besteht eine Kooperation zwischen dem ÖBH und dem Mauthausen Memorial, mit dem Ziel, die Bildungsarbeit im gegenwartsbezogenen Umgang mit dem Nationalsozialismus sowie den Themenkomplexen „Antisemitismus, Rassismus, Radikalismus, Extremismus und Totalitarismus“ zu stärken. ■

3.4.2 Verlässlichkeitsprüfung gem. §§ 23⁴⁰ und 24⁴¹ Militärbefugnisgesetz (MBG)

Die Verlässlichkeitsprüfung (VLP) ist neben der Verpflichtung zum Geheimschutz gem. Informationssicherheitsgesetz (InfoSiG) und Geheimschutzvorschrift (GehSV) Voraussetzung für den Zugang zu klassifizierten Informationen ab VERTRAULICH und einhergehend mit Verwendungen in sicherheitsrelevanten Bereichen. Darüber hinaus ist sie **Voraussetzung für die Aufnahme in ein Dienstverhältnis im Bereich des BMLV** und in einer reduzierten Form für den selbstständigen Zutritt zu militärischen Liegenschaften.

Eine VLP ist die Abklärung der Verlässlichkeit einer Person anhand von Daten, die Aufschluss darüber geben ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass von dieser Person eine Gefahr für die militärische Sicherheit ausgeht.

Die in einer VLE angegebenen Daten dürfen nur von Organen der nachrichtendienstlichen Abwehr ver- und bearbeitet werden. Eine VLE ist nicht klassifiziert, deren Inhalte unterliegen jedoch den Regeln des Datenschutzes.

Personen die sich in einem Dienstverhältnis befinden, müssen sich periodisch oder anlassbezogen einer Verlässlichkeitsprüfung unterziehen. ■

3.4.3 Sicherheitsbelehrungen

Für die Bediensteten sowie Soldatinnen und Soldaten werden jährliche verpflichtende Sicherheitsbelehrungen durchgeführt. Dabei wird das Personal auch bezüglich Extremismus und Radikalisierung sensibilisiert. ■

⁴⁰ § 23 (1) Militärische Dienststellen, die mit Aufgaben der nachrichtendienstlichen Abwehr betraut sind, dürfen in Angelegenheiten der militärischen Landesverteidigung eine Verlässlichkeitsprüfung durchführen. Eine Verlässlichkeitsprüfung ist die Abklärung der Verlässlichkeit einer Person anhand von Daten, die Aufschluss darüber geben, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass von dieser Person eine Gefahr für die militärische Sicherheit ausgeht.

⁴¹ § 24 (1) Eine Verlässlichkeitsprüfung ist in den Fällen des § 23 Abs. 3 Z 1 nur auf Grund einer Erklärung des Betroffenen hinsichtlich seines Vorlebens und seiner gegenwärtigen Lebensumstände (Verlässlichkeitserklärung) und mit dessen Einwilligung durchzuführen. Der Bundesminister für Landesverteidigung hat mit Verordnung nähere Bestimmungen über die Verlässlichkeitserklärung zu erlassen.

3.5 Maßnahmen des Österreichischen Roten Kreuzes⁴²

Der Auftrag des **Österreichischen Jugendrotkreuzes** an den heimischen Schulen und in der freizeitorientierten Jugendarbeit ist es, die **Kinder** und **Jugendlichen altersgerecht** an eine **humanitäre Denkweise heranzuführen**. Dies geschieht durch Ausbildungen, Workshops und Veranstaltungen, durch die Durchführung von regelmäßigen Jugendgruppenstunden sowie durch die Schulzeitschriften des Jugendrotkreuzes. Kinder und Jugendliche sollen gestärkt werden, um sich selbstbewusst für andere einzusetzen und Eigeninitiative zu entwickeln und für sich selbst und andere Hilfsbereitschaft zu entwickeln. Dieser Auftrag ist in allen Aktivitäten des Jugendrotkreuzes sichtbar.

Eine wichtige Aufgabe des Jugendrotkreuzes ist es, „**Humanitäres Völkerrecht**“ und das Thema der „**Werte**“ an den **Schulen bekannt zu machen**, **Pädagoginnen** und **Pädagogen** dafür zu **sensibilisieren** und **Unterrichtsmaterialien bereit zu stellen**. Das Ziel im Zusammenhang mit dem Thema Extremismus ist es, präventive Angebote vom Kindergarten bis zur Matura sowie in den Jugendgruppen, durchzuführen.

3.5.1 Bildung

- **Formaler Bildungsbereich**

Im Rahmen des Formalen Bildungsbereiches werden im Kindergarten das Freunde Programm, im Pflichtschulbereich Workshops und Seminare (Humanitäres Völkerrecht, Umgang in überfordernden Situationen, Psychische Erste Hilfe, Mediations-Peer-Ausbildung, individuelle Beratungen bei aktuellen Situationen) angeboten. Es gibt hierfür didaktisches Material, Stundenbilder und Präsentationen. Aufgrund der aktuellen Situation wurde das Angebot der Gewaltprävention für Schulen zurückgestellt und dafür das Thema der Psychischen Belastung vorgereicht. ■

- **Non Formaler Bildungsbereich**

Im Rahmen der freizeitorientierten Jugendarbeit werden Gruppenstunden zu Humanitärem Völkerrecht, Mobbing, Migration, Menschen auf der Flucht, Globalem Verständnis, Generationen, Gewaltprävention, Suchtprävention und aktuellen Themen angeboten. ■

⁴² Bericht des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Oberösterreich vom 9. März 2023

- Es werden unterschiedliche Rahmen genutzt, um die Angebote umzusetzen. Direkt im Unterricht, als Fortbildung außerhalb des Unterrichts, in Präsenz und als Webinar, unter der Woche und an Wochenenden um bestmöglich auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten einzugehen.

- **Fortbildungen**

Es werden Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schüler sowie Jugendgruppen zu diesem Thema aktiv angeboten. In weiteren Angeboten wird das Thema mittransportiert (Freunde Programm, Helfi, Psychische Erste Hilfe, sämtliche Peer Angebote und Ausbildungen im Bereich der Jugendgruppen). ■

3.5.2 Weitere Maßnahmen

- **Kooperationen und Netzwerke**

Das OÖ Jugendrotkreuz kooperiert mit Saferinternet.at im Rahmen der Schulzeitschriften sowie bei Workshops. Regelmäßig wird dabei das Thema Medienkompetenz thematisiert. ■

- **Beratungsmaßnahmen**

Pädagoginnen und Pädagogen sowie Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter werden bei Überforderung, Fragen und bei der Entwicklung von neuen Angeboten beraten und unterstützt. ■

4. Oö. Teilnahme an nationalen Netzwerken im Bereich Extremismusprävention

4.1 Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung

Seitens des Bundesministeriums für Inneres (koordiniert durch die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst) wurde im Sommer 2017 das Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) gegründet. Das BNED dient dem regelmäßigen Austausch der relevanten Akteure über aktuelle Fragen der Extremismusprävention und Deradikalisierung. Ziel ist es, bisherige sowie neu zu setzende Maßnahmen durch einen gesamtstaatlichen Ansatz möglichst bundesweit zu etablieren und zu legitimieren. Mitglieder des BNED sind verschiedene Bundesministerien⁴³, die Bundesländer⁴⁴, zivile Organisationen⁴⁵ sowie der Städte- und Gemeindebund.

Das BNED wurde am 8.7.2020 als Expertengremium durch den Ministerrat⁴⁶ anerkannt. Es soll als zentrales strategisches und politikberatendes Gremium zur gesamtstaatlichen Auseinandersetzung mit Extremismusprävention und Deradikalisierung in Österreich dienen. Es soll als Früherkennungsinstrument dienen in welchem Wissen generiert, gebündelt und verwertet wird.

Im Herbst 2017 wurde von zivilgesellschaftlichen Akteuren (*Beratungsstelle Extremismus* BOJA⁴⁷, DERAD – Netzwerk sozialer Zusammenhalt und NEUSTART) ein „Ausstiegsprogramm aus dem gewaltbereiten Extremismus“ (vorerst nur dem islamistischen Extremismus) als Pilotprogramm gestartet. Nach einem einjährigen Testbetrieb⁴⁸ wurde unter Berücksichtigung von Empfehlungen und nach wissenschaftlicher Evaluierung des Pilotprojekts 2020 das Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramm KOMPASS etabliert, das alle Formen des Extremismus miteinbezieht. Das BMI beauftragte den Verein NEUSTART mit der Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit. Bei den bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten für das Projekt KOMPASS handelt es sich um Personen aus dem rechts- sowie aus dem islamistisch-extremistischen Spektrum.

Beim Präventionstreffen am 23. Oktober 2018 wurde eine gesamtstaatlich entwickelte und abgestimmte „Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (kurz Strategie)

⁴³ BM Inneres, Bundeskanzleramt, BM Europa, Integration und Äußeres, BM Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, BM Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz sowie das BM Bildung, Wissenschaft und Forschung.

⁴⁴ Die Netzwerkpartner (so auch OÖ) treten jeweils mit ihren Logos in Erscheinung, so z.B. auf der Publikation der Österreichweiten Strategie.

⁴⁵ Z.B.: BOJA Beratungsstelle Extremismus, Bundesstelle für Sektenfragen, DERAD Netzwerk sozialer Zusammenhalt, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, FH Campus Wien, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wiener Jugendzentren, Neustart etc.

⁴⁶ Vortrag an den Ministerrat Nr. 26/33

⁴⁷ <https://www.beratungsstelleextremismus.at/>

⁴⁸ Laufzeit Herbst 2017 – Herbst 2018.

vorgestellt. Daran haben an die 70 Personen aus dem BNED sowie Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen mitgewirkt. Bei der Erstellung wurden bereits existierende internationale⁴⁹ und EU-Empfehlungen⁵⁰ berücksichtigt.⁵¹ So wurde insbesondere der Extremismusbegriff breit und generell dargestellt, sodass sich dieser auf alle Formen des Extremismus bezieht.

Die Strategie stellt ein „Überblicksdokument“ mit Grundprinzipien und Leitlinien dar, welches zukünftig eine Orientierung für alle Akteure in Österreich bieten soll. Kern des Dokuments bilden die acht Handlungsfelder mit ihren Empfehlungen.⁵²

Ende 2018 wurde im BNED begonnen einen „Nationalen Aktionsplan Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (kurz „Aktionsplan“) zu erarbeiten. Dazu haben die Netzwerkmitglieder (Bund, Länder, Städte, Gemeinden, Wissenschaft, NGOs etc.) dem BVT⁵³ bekannt gegeben, welche Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention bereits existieren bzw. welche – vor dem Hintergrund der Strategie mit ihren acht Handlungsfeldern – noch geschaffen werden sollten. Zu den von Oberösterreich gemeldeten Maßnahmen siehe im Anhang 2. In der Folge wurde – vom BVT koordiniert – ein Vorschlag für einen Aktionsplan erarbeitet. Dieser Maßnahmenkatalog ist die österreichweit erste Zusammenstellung von zielgerichteten Maßnahmen und Empfehlungen zur Bekämpfung aller Formen des Extremismus aus Sicht von Expertinnen und Experten. Inzwischen ist bereits eine Evaluierung des Dokuments durchgeführt worden. Die Umsetzung von Maßnahmen (etwa durch die Länder) ist freiwillig.

Neben der Strategie und dem Aktionsplan wurden seit 2018 vom BNED mehrere Handlungsempfehlungen erstellt:

- Umgang mit „Rückkehrer/innen“ aus Krisengebieten,
- Politischer Islam
- Rechtsextremismus
- Gesamtgesellschaftliche Prävention gewaltbereiter Ausschreitungen von importierten Konflikten in Österreich

⁴⁹ Beispielgebend wurde im Jahr 2015 die „United Nations Global Counter Terrorism Strategy“ verabschiedet und im Juli 2016 adaptiert.

⁵⁰ EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014: „Prävention der zu Terrorismus und gewaltbareitem Extremismus führenden Radikalisierung: Verstärkung der EU-Maßnahmen“ sowie ein „Policy-Paper“ des „Radicalisation Awareness Network“ (RAN) aus dem Jahr 2016 mit dem Titel „Entwicklung eines lokalen Präventionsrahmens und Leitprinzipien“.

⁵¹ In den vergangenen Jahren hat eine steigende Zahl an Staaten nationale Strategien und Aktionspläne zu Extremismusprävention und Deradikalisierung erstellt.

⁵² Die Handlungsfelder sind: Sicherheit, Strafvollzug und Resozialisierung // Politik und Demokratiekultur // Kooperation und Ressourcen // Bildung, Arbeitsmarkt und Resilienz // Soziale Verantwortung und Gesundheit // Wissenschaft und Forschung // Internet und Medien // Gender

⁵³ Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung; nunmehr Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)

Gestützt auf diese Empfehlungen können bzw. konnten – koordiniert vom BMI – entsprechende Konzepte mit konkreten Maßnahmen erarbeitet werden. Fragen zu Verbindlichkeit und Ressourcen werden je nach Maßnahme erst im Rahmen der Konzepterstellung geklärt. Die Umsetzung der Maßnahmen durch die zuständigen Stellen (etwa die Länder) ist freiwillig.

Zukünftig ist angedacht, weiterhin schwerpunktmäßig aktuelle Themen der Extremismuspräventions- und Deradikalisierungsarbeit im Rahmen der Netzwerktreffen – im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes – zu behandeln und strategische Handlungsempfehlungen zu den jeweiligen Themen abzuleiten. Im Laufe des Jahres 2023 werden die Themenkomplexe „Antifeminismus, Gender, Femizide, toxische Männlichkeit“, „(Co-)Finanzierung von Vereinen / Institutionen“ und „Antidemokratische Strömungen / Gruppierungen“ in drei Arbeitsgruppen behandelt und strategische Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Um einen laufenden Austausch der Bundesländer zu den im BNED behandelten Themen zu gewährleisten, wurde die Arbeitsgruppe „Regionale Vernetzung in den Bundesländern“ als ständige Arbeitsgruppe eingerichtet. Es finden vor oder nach den BNED-Arbeitstreffen bzw. anlassbezogen Beratungstermine der Mitglieder statt. Die jährlich wechselnde Leitung hat 2023 das Land Oberösterreich inne.

Einmal jährlich wird im BMI ein Präventionsgipfel veranstaltet zu dem Expertinnen und Experten der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Österreich (und auch punktuell darüber hinaus) geladen werden. Der letzte Präventionsgipfel fand im Juni 2022 statt. Es gab eine Vorstellung der neu eingerichteten Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst sowie Round Tables zu Innerstaatlichen Konfliktdialogen sowie Herausforderungen im Kontext der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft.

4.2 Nationales Forum Antisemitismus

Unter Einbindung zahlreicher Ministerien, der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und verschiedenen Institutionen entstand die Nationale Strategie gegen Antisemitismus (NAS)⁵⁴, die 2021 im Bundeskanzleramt präsentiert wurde. Die NAS verfolgt das Ziel, den Fortbestand von jüdischem Leben

⁵⁴ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:8bd2975f-0483-4e74-abd9-d66446195d7c/antisemitismusstrategie.pdf>

in Österreich langfristig abzusichern. Sie beruht auf sechs strategischen Säulen⁵⁵ sowie 38 Maßnahmen und soll als „lebendes“ Dokument impulsgebend und wegweisend für viele weitere Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus sein. Die operative Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt durch die Stabsstelle „Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe“ im Bundeskanzleramt.

Eine dieser Maßnahmen sieht die Gründung einer Plattform zur laufenden gesamtgesellschaftlichen Abstimmung vor. 2022 wurde schließlich das Nationale Forum gegen Antisemitismus etabliert. Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern, Vereinen⁵⁶, Museen⁵⁷ sowie staatlichen⁵⁸ und zivilgesellschaftlichen⁵⁹ Institutionen sollen künftig einmal jährlich zusammenkommen, um sich zu vernetzen, aktuelle Entwicklungen zu besprechen und sich über Best-Practice-Beispiele und Projekte auszutauschen.

Neben der Auftaktveranstaltung im Juni 2022 gab es im April 2023 ein bilaterales Treffen zwischen Vertretern des Amtes der Oö. Landesregierung und der Stabsstelle „Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe“. Im Zuge dessen wurden die Herausforderungen im Kampf gegen Antisemitismus besprochen, Strategien und Ziele der Stabsstelle erörtert sowie oberösterreichische Projekte und Maßnahmen präsentiert.

Basierend auf der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus wurde bereits ein Strategiepapier erarbeitet, das Vorschläge und Empfehlungen für die Bildungsverwaltung, für die Lehrpersonenaus- und -weiterbildung sowie für die Unterstützung von Betroffenen im Falle antisemitischer Vorfälle enthält.

⁵⁵ Die strategischen Säulen sind: Bildung, Ausbildung, Forschung // Sicherheit und Schutz Jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen // Effektive Strafverfolgung // Rahmenbedingungen im Integrationsbereich // Dokumentation und europaweiter Datenvergleich // Gesellschaftlicher Ansatz

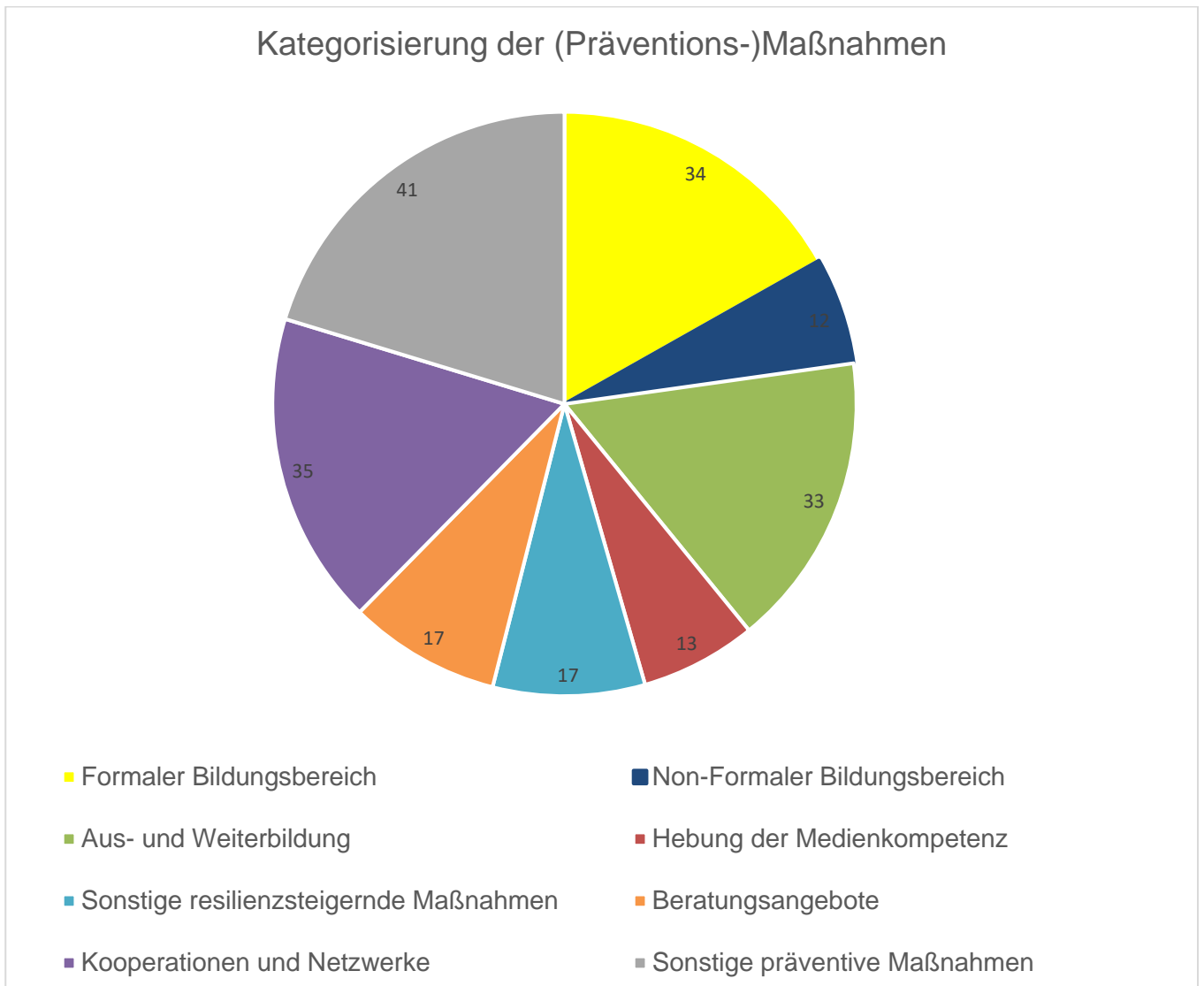
⁵⁶ etwa Sportunion und Verein Bucharischer Juden

⁵⁷ etwa Jüdisches Museum Wien und Haus der Geschichte Österreich

⁵⁸ etwa Österr. Staatsarchiv und Österr. Akademie der Wissenschaften

⁵⁹ etwa ZARA Zentrum für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit und Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien

Anhang 1: Kategorisierung der (Präventions-)Maßnahmen



Anhang 2: Nationales Forum Antisemitismus – gemeldete Maßnahmen

Im Anschluss an die erste Sitzung des Nationalen Forums gegen Antisemitismus wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ersucht bekanntzugeben, welche Maßnahmen derzeit umgesetzt sind und welche Verbesserungsmöglichkeiten gesehen werden. Unter Verweis auf bereits im Rahmen des BNED bekannt gegebenen Präventionsmaßnahmen, wurden nachstehende Maßnahmen, Einrichtungen und Ideen übermittelt. Die Sammlung und Koordinierung erfolgt durch die Stabsstelle „Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe“ im Bundeskanzleramt.

1. Welche Vorhaben im Bereich Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus werden derzeit von Ihrer Organisation durchgeführt bzw. sind demnächst geplant?

- a) Die Oö. Antidiskriminierungsstelle als Ansprech- und Beratungsstelle leistet unter anderem Sensibilisierungsarbeit (durch Aufklärungsmaterial) zu den Diskriminierungstatbeständen Religion, Ethnie, Herkunft. Auf Anfrage wird auch bei Vorträgen und Infoveranstaltungen unterstützt bzw. werden bei Bedarf die Themen Antisemitismus und Rassismus aktiv angesprochen.
- b) Das Land Oberösterreich fördert laufend Projekte, die der Bewusstseinsbildung und Geschichtsaufarbeitung in Oberösterreich und damit auch der Antisemitismusprävention dienen. Darunter sind beispielweise Publikationen, Ausstellungen, künstlerische und wissenschaftliche Projekte. Als Beispiele können die folgenden Institutionen genannt werden, die regelmäßige Förderungen des Landes Oberösterreich erhalten:

Lern- und Gedenkstätte Schloss Hartheim:

Die Ergründung der historischen Geschehnisse und die Erkenntnisse der Forschung sind die Eckpfeiler, auf die sich die Lern- und Gedenkstätte stützt. Der 1997 gefasste Beschluss des Landes Oberösterreich, das Gedenken an die Opfer der NS-Euthanasie in der Tötungsanstalt Hartheim wach zu halten, ging mit der Finanzierung des neuen Lern- und Gedenkortes einher: Der Verein Schloss Hartheim wird vom Land Oberösterreich finanziert. Im Jahr 2022 liegt der Schwerpunkt auf der neuerrichteten Ausstellung „Wert des Lebens“, den Publikationen von neuen Erkenntnissen im Rahmen von Forschungsprojekten sowie bei aktuellen Themen und Fragestellungen, wie Ethik, Biomedizin, Menschenwürde und Lebensende.

Mauthausen Komitee:

Das Land Oberösterreich unterstützt das Mauthausen Komitee in der Finanzierung der Internationalen Gedenk- und Befreiungsfeiern durch jährliche Förderungen. Dem Land Oberösterreich ist in diesem Zusammenhang überaus wichtig, dieses Kapitel der österreichischen, aber vor allem der oberösterreichischen, Geschichte immer wieder in Erinnerung zu rufen und damit die Sensibilisierung und Aufklärung voranzutreiben.

Zeitgeschichte Museum Ebensee:

Das Zeitgeschichte Museum Ebensee wird vom Land Oberösterreich mit einem jährlichen Beitrag für die laufenden Kosten unterstützt. Das Zeitgeschichte Museum ist eng mit der Gedenkstätte Ebensee verknüpft. Auch hier stehen Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung im Mittelpunkt. Das Besondere am Zeitgeschichte Museum Ebensee ist, dass der Fokus ganz auf der lokalen Geschichte liegt.

Adalbert-Stifter-Institut:

Die Auseinandersetzung mit Literatur bzw. Sprachwissenschaft ist grundsätzlich geeignet jede Form der Diskriminierung bewusst zu machen und so einen Beitrag zu deren Vermeidung zu leisten. Im Rahmen der Tätigkeit des Instituts wird die Thematik in unterschiedlichen Kontexten angesprochen und findet so eine Sensibilisierung statt. Insbesondere darf auf ein vom Institut veranstaltetes Symposium zu Franz Stelzhamer: „Antisemitismus im 19. Jahrhundert“ (mit Publikation des Tagungsbandes), auf diverse Ausstellungen zu Käthe Recheis, Ilse Aichinger, "Linz-Texte", etc., auf Forschungsarbeiten im Rahmen des Projektes "Stichwörter zur öö. Literaturgeschichte" (online) sowie auch auf die Unterstützung der Straßennamenkommission mit Informationen und Materialien zu etwa 50 Autorinnen und Autoren (Bezug zur NS-Zeit) verwiesen werden.

Oö. Landesarchiv:

Das Oberösterreichische Landesarchiv engagiert sich mit der Publikation wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Geschichte des Judentums in Oberösterreich. Es darf u.a. auf die Oberdonau-Reihe und die Publikation „Man sperrte uns einfach ein. Überleben einer Ischler Jüdin im Dritten Reich“ von Olga Mühlbacher verwiesen werden. Aktuell ist eine Veröffentlichung zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Bad Ischl in Arbeit.

- c) In Kooperation mit dem Land Oberösterreich und dem Bundeskanzleramt bietet die Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnen-Betreuung mit dem Projekt „Jugend im Dialog – InterKulturelle Trainings für Jugendliche und Kinder“ Workshops zur interkulturellen und sozialen Bildung an. Durchgeführt werden Vorträge und Workshops in Ergänzung zu schulspezifischen Angeboten in Bildungseinrichtungen und für Kinder- und Jugendgruppen in Oberösterreich zu den Themenbereichen (Auszug): Migration, Integration, Asyl, Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Dschihadismus, Mobbing, Cybercrime, Umgang miteinander, Gewalt, Demokratie, Radikalisierung, Extremismus.
- d) Förderung des Großkonzepts De-Radikalisierung von Sabri Opak. Sabri Opak arbeitet seit 2017 an Schulen, beim ÖRK und in der Schulpsychologie Oberösterreich. Zielgruppe sind Schüler sowie Eltern und der Schwerpunkt liegt auf Personen aus Afghanistan, Türkei, Tschetschenien, Syrien und Irak. Es sollen Tools und Haltungen vermittelt werden, die nationalistischem und religiösem Extremismus entgegenwirken. Weiters soll eine Bewusstseinsbildung für Extremismus vermittelt und Derradikalisierung ermöglicht werden. Es gibt Workshops zu den Themen Radikalisierung, Selbstradikalisierung, Reflexion über Rechtsstaat und Scharia, Austausch-Treffen mit betroffenen Jugendlichen, Imamen, SuSAS usw.
- e) Workshops Kinder- und Jugendanwaltschaft OÖ: Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ist durch digitale Medien geprägt. Die Verbreitung von antisemitischem Bildwerk findet im Wege dieser statt. Konkret schicken sich Kinder und Jugendlichen vermeintliche Spaßbilder, auf denen beispielsweise Comicfiguren einen Hitlerbart tragen oder zum Gruß zeigen. Die Workshops der Kinder- und Jugendanwaltschaft OÖ greifen diese Thematik auf. Kindern und Jugendlichen wird in kindgerechter Weise der Hintergrund solcher Bilder vermittelt und es findet Aufklärungsarbeit statt. Ebenso melden sich Kinder und Jugendliche von sich aus, um sich in Beratungen über diese Thematik zu informieren.

2. Wo bestehen für Sie die größten Hürden bzw. Herausforderungen in diesem Bereich? Was könnte/müsste verbessert werden?

- a) Antisemitismus und der damit verbundene Rassismus grenzen immer aus. Menschen werden abgewertet, es werden Feindbilder geschaffen. Antisemitische Äußerungen gelten oft als Synonym für andere diskriminierende Aussagen. Das passiert sowohl im Alltag wie auch in der Schule, im Beruf, etc. Hier fehlt es oft an Aufklärung zu diesem Thema. Als große Hürden sind die grundlegenden, verwerflichen Gedanken dazu. Diese werden in der Öffentlichkeit deutlich und offen ausgedrückt. *Besonderes Augenmerk muss auf das Internet und die sozialen Medien gelegt werden* (Stichwort „Hass im Netz“). Viele Menschen reagieren verunsichert, schauen oder hören einfach weg. Mehr Aufklärung zu diesem Thema und die Zivilcourage dagegen aufzutreten, sind Herausforderungen in diesem Bereich.
- b) Durch Biografien von betroffenen Personen, welche vor den Vorhang geholt werden, kann man Antisemitismus entgegenwirken. Es sollten neue Projekte dazu gestartet werden.
- c) Die Aufklärungsarbeit sollte bereits bei Menschen in jungen Jahren (Unterricht) beginnen.
- d) In den Medien sollte über antisemitische Aktionen und diskriminierende Berichterstattung berichtet werden.
- e) Das fehlende Bewusstsein durch die Versendung nationalsozialistischer Fotos einen Straftatbestand zu verwirklichen, kann als Hürde gesehen werden. Die Präventionsstelle der Kinder- und Jugendanwaltschaft OÖ klärt in Workshops an Schulen über diese Thematik auf. Es sollte eine (noch) breitere Bewusstseinsbildung erfolgen.

3. Welche guten Praktiken bestehen in Ihrer Organisation?

- a) Einrichtung eines Religionsbeirats (respektvoller und vertrauensvoller Arbeitskreis aller in Oberösterreich vertretener Religionen), welcher sich u.a. mit dieser Thematik beschäftigt. Vom Arbeitskreis wurden in diesem Zusammenhang folgende Empfehlungen erarbeitet:
 - Sammlung und Dokumentation von Vorfällen durch die Gemeinschaften und jährliche Herausgabe und Veröffentlichung eines Berichts auf Landesebene durch den Religionsbeirat mit entsprechenden Empfehlungen. Die interne Weitergabe innerhalb der Gemeinschaften fällt in deren eigenen Verantwortungsbereich.

- Abhaltung einer internen Enquete mit Vertretern der Politik und der religiösen Gemeinschaften.
- Wahrnehmung der Verantwortung der Politik für das gesellschaftliche Klima. Das gesellschaftliche Klima des Landes wird maßgeblich auch durch die Aussagen der Politiker beeinflusst. In diesem Sinn ist sehr genau auf die Wortwahl zu achten.
- Diskussionen sollen versachlicht und nicht emotionalisiert werden.
- Wahrnehmung und Förderung von positiven Initiativen und Entwicklungen.
- Abbau von Vorurteilen in der Wahrnehmung von gegenseitigen Kontakten zwischen Politik und religiösen Gemeinschaften, insbesondere auch mit muslimischen Einrichtungen.
- Überlegungen für eine Kampagne für gegenseitigen Respekt, Toleranz und sozialen Zusammenhalt.

Das Thema Anfeindungen wird immer wieder in den Sitzungen des Religionsbeirates angesprochen und um Meldung konkreter Vorfälle gebeten.

- b) Aufklärungsarbeit durch die Kinder- und Jugendanwaltschaft OÖ in Workshops und sozialen Medien. Bei Anlassfällen haben die Kinder und die Jugendlichen niederschwellige Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, sogar zur anonymen Beratung und Begleitung als Vertrauensperson während eines laufenden Verfahrens. Regelmäßig findet ein Austausch mit dem „No hate speech“ – Komitee statt, bei dem das bundesweite Netzwerk für offene Jugendarbeit und die Beratungsstelle Extremismus Wien gleichfalls teilnehmen. Aufgrund der laufenden Vernetzung mit dem „No hate speech“ – Komitee wurden an bestimmten Aktionstagen, wie beispielsweise dem Gedenktag gegen Antisemitismus (05.05.) und dem Internationalen Tag gegen Rassismus (21.03.), in den sozialen Medien aufklärende Beiträge gestaltet.
- c) Aktives Vorgehen gegen Antisemitismus durch kulturelle Projekte (Förderung Land Oberösterreich).
- d) Bildungsarbeit in den Schulen.
- e) Das Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich legt Grundsätze, Leitlinien und Haltungen für ein gelingendes und friedliches Zusammenleben aller Menschen in Oberösterreich fest. Darin werden Grund- und Menschenrechte als gemeinsame Basis gesehen sowie zentrale Grundwerte (insb. das Recht auf Glaubensfreiheit und individuelle Lebensgestaltung) hervorgehoben. Auch im Masterplan Integration des Oö. Integrationsressorts (2018) wird im Kernbereich „Zusammenleben & Orientierung“ folgendes Ziel formuliert: „Rasche Information über die Grundregeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft, wie auch Rechtsfolgen und drohende Sanktionen bei Verstößen“.